

28.12.21

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Graffiti für Frieden zwischen Russland und der Ukraine. «Myr» heisst «Frieden» auf Russisch wie Ukrainisch. Quelle: Facebook

Krieg in der Ukraine

Verhandeln statt Sanktionieren!

Das Blutvergiessen in der Ukraine stoppen, das treibt zur Zeit viele friedensbewegte Menschen auf die Strasse. Die Sprache der Waffen zum Verstummen bringen, ist auch unser Anliegen. Doch jeder Konflikt hat mindestens zwei Seiten und Wahrnehmungen, das lernen wir in jedem Konfliktmanagement-Seminar. Im Moment scheinen solche Einsichten völlig vergessen. Haben wir verstanden, worum es in diesem Krieg geht? Russland hat jahrelang versucht, seinen legitimen Sicherheitsinteressen Gehör zu verschaffen und stiess im Westen auf taube Ohren. Aber man muss diese Einschätzung nicht teilen, um zum Schluss zu kommen, dass eine fortgesetzte Politik demonstrativer Härte gegenüber Russland das letzte ist, was wir jetzt gebrauchen können. Statt weiterer Eskalation braucht es ernsthafte Verhandlungen mit Russland über die Sicherheitsarchitektur in Europa. Der Grund ist einfach: Russland ist eine Atommacht. Ein Unverständnis für die russische Seite können wir uns immer weniger leisten.

Von Jonas Jäggi

Der russische Präsident hat seine strategischen Nuklearstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Dies eine der letzten Nachrichten, die uns vor Redaktionsschluss erreicht. Ob das eine Reaktion auf Provokationen des Westens war, wissen wir nicht. Klar ist: Es wird mit dem atomaren Feuer gespielt!

Jahrelang haben wir in dieser Zeitung die Expansions- und Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Russland und den westlichen Hegemonieanspruch angeprangert. Wir haben die einseitige Aufkündigung von Verträgen zur Rüstungskontrolle und -begrenzung seitens der USA scharf verurteilt. Und immer wieder haben wir die einseitig anti-russische Berichterstattung in den Medien kritisiert, die Verantwortung des Westens gerade im Ukraine-Konflikt aufgezeigt, haben versucht, auch der anderen Seite, den Menschen im Donbass, eine Stimme zu geben.

Unsere Kritiker sehen sich nun bestätigt: Hat Putin nicht sein wahres Gesicht gezeigt? Ist er nicht als Aggressor entlarvt, dem jedes Mittel Recht ist, der das Völkerrecht unter den Stiefeln seiner Fallschirmjäger begräbt? Putin müsse gestoppt werden, mit allen Mit-

teln, so ertönt es von allen Seiten und auf allen Kanälen. Wenn es nicht sogar heisst, der Westen habe in der Vergangenheit zu wenig getan, um ihn in die Schranken zu weisen, die NATO sei zu schwach, trete zu wenig geschlossen auf, lasse grossen Worten keine Taten folgen, habe die Ukraine im Stich gelassen, usw.

Die anti-russische Stimmungsmache hat einen Höhepunkt erreicht, den wir nicht für möglich gehalten hätten. Putin, der Alleinschuldige, Zwischentöne unerwünscht: So sieht ein Propagandanarrativ aus. Es sei ein Informationskrieg – allerdings.

Aber egal wie viel Verständnis man für die russische Seite aufzubringen gewillt ist oder eben nicht, die Schlussfolgerung für mehr Härte gegenüber Russland ist auf jeden Fall falsch – und könnte uns an den Abgrund führen.

Gegen den Krieg in der Ukraine

Russlands Militärintervention in der Ukraine verstösst gegen das Völkerrecht. Wir sind keine Freunde Putins und waren es nie. Wir sind Freunde der russischen und ukrainischen Völker, der Völker Europas und des Rests der Welt, die alle das Bedürfnis haben, in Frieden und Sicherheit zusam-

menzuleben. Und wir wollen nicht schweigen. Zwar ist Russlands Vorgehen nicht «beispiellos» wie behauptet, nicht einmal in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zur Abspaltung des Kosovo hat der Westen ein mehr als fragwürdiges «Beispiel» mitten in Europa gesetzt. Aber das kann keine Rechtfertigung sein.

Wie viele wurden auch wir von der SFB von Russlands massiver Militärintervention überrascht. Wir haben den wochenlang medial inszenierten Warnungen vor Invasionsplänen, gestützt auf angebliche Geheimdienstquellen, wenig Glauben geschenkt. Aber auch die westlichen Führer scheinen nicht wirklich daran geglaubt zu haben, sonst hätten sie die russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien, die den USA und der NATO im Dezember überreicht wurden, wohl nicht so leichtfertig vom Tisch gewischt. Dass sie den Eindruck eines Ultimatums erweckten, sah man als Grund, im Kern nicht darauf einzutreten – man lässt sich doch nicht von Putin erpressen. Hat man dabei verstanden, dass es wirklich ein Ultimatum war?

Russlands Entwurf schlug vor, alle russischen und US-amerikanischen Atomwaffen aus Europa abzuziehen (d.h. für Russland im eigenen Land), die Osterweiterung der NATO zu stoppen und zur NATO-Russland-Grundakte zurückzukehren, welche Truppenstationierungen in Osteuropa beschränkt. Klingt das so unvernünftig?

Es wäre für den Westen ein Leichtes gewesen, die jetzige Eskalation zu verhindern und den Krieg in der Ukraine, der seit 2014 über 13 000 Opfer gefordert hat, zu beenden. Alles was es dazu gebraucht hätte: Den neutralen Status der Ukraine zu garantieren und Kiew

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Russische Botschaft: «Ukraine wurde als Geisel genommen»	2
Schweizer F-35-Kampffjets: Seite an Seite mit der NATO	4
Krieg in Äthiopien: Regimechange vorerst abgewendet	5
Umwelt und Militär: Geschütztes Hochmoor beschädigt	5
US-Imperialismus von Bush bis Biden	6
20 Jahre Guantánamo: Ein Schandfleck	7
Assange-Prozess: Stillstand als Strafe	7

Erklärung der SFB

Den Krieg in der Ukraine beenden!

Die Schweizerische Friedensbewegung hat am 25. Februar folgende Erklärung abgegeben:

Die Schweizerische Friedensbewegung ist zutiefst besorgt über die aktuelle Eskalation des Konflikts in der Ukraine und die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Wir rufen alle Seiten zur Besonnenheit und zur Deeskalation der brandgefährlichen Situation auf.

Die Angriffe in der Ukraine müssen unverzüglich beendet werden.

Die von Russland begonnene militärische Offensive in der Ukraine ist völkerrechtlich durch nichts zu rechtfertigen. Die Anerkennung von Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten durch Russland ist ein Bruch des Minsk-II-Abkommens, welches der UN-Sicherheitsrat für völkerrechtlich verbindlich erklärt hat. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Lösung des Konflikts nur durch direkte Verhandlungen und der Rückkehr zu Minsk II erreicht werden kann.

Das Vorgehen Russlands ist die Reaktion darauf, dass die Ukraine die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen mit Duldung der westlichen Garantiemächte seit acht Jahren blockiert hat. So weigerte sich die Ukraine bis heute, auch nur direkte Gespräche mit den Vertretern von Donezk und Lugansk zu führen. Für die Menschen in der Ostukraine, die während dieser Zeit andauernden Bombardierungen ausgesetzt waren, verhinderte dies jede Verbesserung ihrer unerträglichen Situation.

Das Vorgehen Russlands ist auch die Reaktion darauf, dass die USA und die NATO nicht bereit waren, ernsthaft auf Verhandlungen über seine legitimen Sicherheitsinteressen einzugehen, die Moskau im Dezember vorschlug. Es ist die Folge des

Bruchs von Zusagen der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen und der Missachtung des Prinzips, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes gehen darf. Mit der ebenfalls völkerrechtswidrigen militärischen Durchsetzung der Abspaltung des Kosovo von Serbien und dessen Anerkennung schuf die NATO einen folgenschweren Präzedenzfall. Russland hat nun seinerseits zu solchen Methoden gegriffen, und ist dabei, militärisch vollendete Tatsachen zu schaffen.

Nein zu Sanktionen

Sanktionen und militärische Drohkulissen führen nur näher an den Abgrund. Sie sind schon seit Jahren Teil einer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik und eines Wirtschaftskriegs gegen Russland. Sie haben keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, sondern das Gegenteil.

Wir begrüssen daher den Entscheid des Bundesrats, sich nicht den Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Die Schweiz kann mehr denn je, wie auch schon in der Vergangenheit, eine wertvolle Vermittlerrolle einnehmen, die umso notwendiger wird, je mehr die diplomatischen Kontakte zu Russland abgebrochen werden. [Der Bundesrat hat seine Position seither geändert.]

Ja zu Verhandlungen

zwischen allen europäischen Ländern über die Bedingungen für Frieden und gegenseitige Sicherheit in Europa im Geiste der Schlussakte von Helsinki. Für ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit, für ein System der gegenseitigen Sicherheit in Europa ohne Militärbündnisse.

Nein zum Krieg!

Ja zu Verhandlungen!

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES

KLIMA SCHÜTZEN,
FRIEDEN SCHAFFEN!
BERN, MONTAG,
18. APRIL 2022

PROTÉGER LE CLIMAT,
CRÉER LA PAIX!
BERNE, LUNDI,
18 AVRIL 2022

13.00

AUFTAKT | DÉPART

EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern

14.30

SCHLUSSKUNDGEBUNG | CLÔTURE

MÜNSTERPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGIALE
mit | avec
Stefan Salzmann, Fastenaktion/Klima-Allianz Schweiz
Jana-Marie Aellig und Michèle Stauffer, Klimastreik
Bern

MUSIK | MUSIQUE

Tzupatti Orchestra

Bitte beachte aufgrund der Pandemie die aktuellen
Veranstaltungsinfos unter ostermarschbern.ch
En raison de la pandémie, nous te conseillons de
consulter les informations sur la manifestation sur
marchedepaques.ch

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

Den Text des Organisationskomitees finden Sie auf Seite 4

Verhandeln statt...

Fortsetzung von Seite 1

zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu bringen.

Der Hegemonieanspruch des Westens hat versagt

Man kann sich jetzt darüber streiten, wer wieviel moralische Verantwortung für die Entwicklung trägt. Das heisst, solange die Nuklearstreitkräfte der Grossmächte «nur» in Alarmbereitschaft sind. Angesichts eines drohenden Atomkriegs rückt die Frage der Schuld allerdings in den Hintergrund. Mit der jüngsten Eskalation im Ukraine-Krieg führt Russland dem Westen unmissverständlich vor Augen, was wir von der Schweizerischen Friedensbewegung immer gesagt haben; dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen ist. Der westliche Hegemonieanspruch, von Russland schon lange im eigenen Sicherheitsinteresse herausgefordert, ist in der Ukraine realpolitisch gescheitert. Er hat die Sicherheit der UkrainerInnen und der Völker Europas fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Die von der NATO glorifizierte «Politik der offenen Tür» kann es doch nicht wert sein, dafür einen Atomkrieg zu riskieren!

Hört Russland zu!

Gerade jetzt muss für ein Verständnis russischer Positionen geworben werden. Weil wir uns Unverständnis immer weniger leisten können. Statt russische Sender abzuschalten, sollte man Putin vielleicht genauer zuhören. Die Militäroffensive sei eine «Verzweiflungstat», erklärte er jüngst vor Vertretern der russischen Wirtschaft. Man hätte ihnen keine andere Option gelassen. «Sie haben solche Sicherheitsrisiken für uns geschaffen, dass wir nicht anders reagieren konnten.» Russland sei immer noch Teil der Weltwirtschaft und man wolle nicht ein System gefährden, an dem man teilhabe. Man hoffe, die westlichen Partner würden das verstehen, erwarte aber dennoch heftige Sanktionen «aus politischen Gründen».

Dass Sanktionen der russischen Wirtschaft massiven Schaden zufügen



Kein Krieg mit Russland. AktivistInnen von «Code Pink» vor dem Weissen Haus in Washington. Quelle: World Beyond War

würden, darüber machte man sich in Moskau keine Illusionen, vom Reputationsschaden und den zu erwartenden russischen Särgen ganz zu schweigen. Was also machte die Militäroffensive für Putin und seine Sicherheitsberater zum kleineren Übel? Könnte es sich bei der Wortwahl der Verzweiflung vielleicht doch um mehr als blosser Rhetorik, um mehr als «Kremlpropaganda» handeln? Darüber sollten wir sprechen, statt uns allein der Entrüstung über einen grössenwahnsinnigen Mächtetern-Zaren hinzugeben. Anstatt uns mit Schlagworten von «russischer Propaganda» gegen solche Gedanken zu immunisieren, die uns ermöglichen würden, die geopolitische Lage zu verstehen und ernsthaft über Frieden und Sicherheit in Europa nachzudenken.

Gefährdete Sicherheitsarchitektur

Wer jetzt den Entzug des Veto-Rechts Russlands im UN-Sicherheitsrat fordert, hat die Sicherheitsarchitektur der UNO nicht verstanden. Es ist dies nicht eine moralische Frage, nicht eine Frage der Legitimation. Das Veto-Recht ist der realpolitischen Einsicht geschuldet, dass sicherheitspolitische Beschlüsse nicht gegen eine der fünf grossen Atommächte durchgesetzt werden können, ohne unser aller Existenz aufs Spiel zu setzen. Putin sieht sich offenbar veranlasst, den

Westen daran zu erinnern, dass Russland immer noch eine Atommacht ist, dass ein Krieg gegen Russland aus diesem Grund unmöglich ist und der Westen deshalb die Sicherheitsbedenken Russlands nicht ignorieren kann!

Das «Gleichgewicht des Schreckens» im Kalten Krieg beruhte darauf, dass keiner der beiden Blöcke die Fähigkeit erhielt, erfolgreich einen atomaren Erstschnitz zu führen. Wobei schon die Drohung, für eine Seite könnte der Erstschnitz zur militärischen Option werden, die Gefahr barg, die andere zu einem Präventivschlag zu provozieren. Deshalb gab es den ABM-Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen – von den USA unter Bush gekündigt – und den INF-Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen – von den USA 2019 gekündigt. Russland verlangt Garantien vom Westen, weil es sonst in absehbarer Zeit Atomraketen vor der Haustür befürchtet, auf die zu reagieren kaum noch möglich wäre. Dabei würde es sich heute allerdings um hochmoderne Überschallraketen handeln, mit Frühwarnzeiten von wenigen Minuten. Putin hat eines deutlich gemacht: Um das zu verhindern, ist er gewillt alles in seiner Macht stehende zu tun. Alles!

Wir glauben nicht, dass Putin so rücksichtslos ist, einen Atomkrieg zu riskieren. Aber können wir sicher sein? Der Punkt ist, je mehr man Pu-

tin für unberechenbar und rücksichtslos hält, umso mehr gilt das Gesagte. Umso besser wäre man beraten, Russland andere Handlungsoptionen zu bieten, als die, seine atomaren Muskeln spielen zu lassen. Stattdessen wirft man Putin vor, er sei in einer «Mentalität des Kalten Krieges» behaftet. Sie drückt sich u.a. darin aus, dass er auch jetzt noch, während es allseits Sanktionen hagelt, von «unseren westlichen Partnern» spricht. Im Westen scheint man den Kalten Krieg völlig vergessen zu haben.

Für die Völker Europas

Man kann sich fragen, wie weit Russland gehen muss, bis der Westen seine «Warnungen» versteht, vom hohen moralischen Ross selbstgerechter Schuldzuweisungen heruntersteigt und zu einer Realpolitik übergeht, die der Sicherheit der Völker Europas wieder höchste Priorität einräumt. Das würde bedeuten, aus der Eskalationsspirale auszusteigen und auf Entspan-

nung statt Konfrontation und Stärke zu setzen, auf die Aufnahme weiterer osteuropäischer Länder in die NATO zu verzichten und wieder echte Abrüstungsverhandlungen mit Russland zu führen. Kurz: Es würde bedeuten, der russischen Seite genau das zuzugestehen, was sie die ganze Zeit verlangte.

Ohne einen massiven Gesichtsvorlust des transatlantischen Westens wird dies angesichts des momentanen politischen Klimas nicht gehen. Aber das Klima wird nicht besser! Russland jetzt entgegenzukommen, braucht wahre Grösse und Führungsstärke. Und allen PolitikerInnen, die sich hoffentlich besser früher als später dazu durchringen, muss unser grösstes Lob gebühren.

Mehr Sanktionen, mehr militärische Drohkulissen, mehr Waffen für die Ukraine – all das führt uns näher an den Abgrund. Deshalb sagen wir:

Verhandeln statt Sanktionieren! Für ein Europa ohne Militärbündnisse und ohne Atomwaffen!

Nein zur Zensur!

Unsere Welt verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung der EU, die russischen Nachrichtenkanäle RT und Sputnik zu verbieten. Diese offene Zensur verhöhnt die Ideale von Pressefreiheit und freier Meinungsbildung.

Die Doppelmoral dabei scheint grenzenlos. Sieht so, mit den Worten Bidens, der Kampf der «Demokratie gegen die Autokratie» aus? Wäre es irgendjemandem eingefallen, aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen den Irak CNN, die Stimme der USA, oder BBC, die Stimme Grossbritanniens, zu verbieten? Ein Krieg, der über hunderttausend zivile Opfer gefordert hat, während die beiden Sender mit eingebetteten Journalisten von der Front der «Befreiung» berichteten, während sie unablässig und unhinterfragt die Lüge von den Massenvernichtungswaffen Sadams wiederholten?

Dass verschiedene Seiten in einem militärischen Konflikt sich gegenseitig der Desinformation oder gar Propaganda bezichtigen, ist kaum zu vermeiden. Umso wichtiger ist es, das sich Bürgerinnen und Bürger selbst eine Meinung bilden können. Man muss die Meinung Russlands nicht teilen, aber seine Argumente sollte man kennen (können!).

Entscheiden Sie selbst, falls Sie keine Angst haben, von «russischer Propaganda» vergiftet zu werden: de.rt.com / snews.de
Die Russische Nachrichtenagentur (auf Englisch): tass.com
Sollten die Seiten nicht mehr zugänglich sein, hilft der Tor-Browser: www.torproject.org

Position Russlands: Fragen an die Russische Botschaft in der Schweiz

«Die Ukraine wurde als Geisel genommen»

Einmal «in den Schuhen des andern gehen». Audiatur et altera pars – man höre sich auch die andere Seite an. Grundlegende Prinzipien jeder respektvollen Beziehung. Und Grundbedingung für jeden ernsthaften Versuch, Konflikte friedlich zu bewältigen. Wir haben der Botschaft der Russischen Föderation in der Schweiz Fragen zur aktuellen Situation rund um die Ukraine und zur sicherheitspolitischen Befindlichkeit des Landes ganz allgemein gestellt. Vladimir Khokhlov, Pressesprecher der Botschaft, war so freundlich, sie zu beantworten. Seine Ausführungen widerspiegeln die Situation, wie sie sich am 3. März frühmorgens darstellte. Das Interview wurde schriftlich geführt, die Fragen stellte Martin Schwander.

M.S.: Jeder Krieg hat seine Vorgeschichte. Wie sieht die Vorgeschichte des jetzigen Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine aus Ihrer Sicht aus? Was hat zu dieser Eskalation geführt und wie hätte sie vermieden werden können? Welche Bedingungen müssen aus Ihrer Sicht erfüllt werden, dass statt der Waffen wieder die Diplomaten sprechen können?

V.K.: Ich möchte mit der letzten Frage beginnen. Der Verhandlungsprozess ist zurzeit im Gange – am 28. Februar fanden in der Region Gomel (Belarus) russisch-ukrainische Gespräche statt. Die Verhandlungen dauerten mehr als fünf Stunden, beide Seiten haben ihre Standpunkte dargelegt. Die zweite Gesprächsrunde sollte eigentlich schon am 2. März in der Belowescher Heide (weissrussisch-polnisches Grenzgebiet) stattfinden, aber die ukrainische Seite schindet Zeit und weigert sich, die Verhandlungen an diesem Ort zu führen. Wir

hoffen, dass die Gespräche heute, am 3. März, beginnen.

Nun zur Vorgeschichte der Lage. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR akzeptierte Russland die neuen geopolitischen Realitäten. Wir respektieren alle neu entstandenen Länder im postsowjetischen Raum und werden sie auch weiterhin respektieren, aber Russland kann sich nicht sicher fühlen und entwickeln, wenn eine ständige Bedrohung vom Territorium der Ukraine ausgeht.

30 Jahre lang haben wir beharrlich und geduldig versucht, mit den NATO-Staaten die Prinzipien gleicher und unteilbarer Sicherheit in Europa zu vereinbaren. Mittlerweile weitete die NATO sich ständig aus und näherte sich unseren Grenzen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der militärischen Entwicklung der Ukraine gewidmet, die in den letzten Jahren intensiv zu einem NATO-Brückenkopf ausgebaut wurde. Die Ukraine wurde tatsächlich als Geisel genommen, um als Rammbock gegen Russland eingesetzt zu werden.

Die Neonazi-Milizen terrorisieren die Bevölkerung des Landes seit Jahren. Sie gelten als Hauptstütze des amtierenden Regimes in Kiew, das durch einen vom Westen unterstützten Staatsstreich an die Macht kam. Es ist unmöglich, sich ohne Schaudern an die schreckliche Tragödie in Odessa am 2. Mai 2014 zu erinnern, als die Teilnehmer der friedlichen Aktion im Haus der Gewerkschaften lebendig verbrannt wurden. Die Täter dieser Gräueltaten sind namentlich bekannt – sie posierten vor Videokameras, wurden aber noch nicht bestraft. In der Ukraine nach dem sogenannten «Euromajdan» wurde keiner von ihnen für zahlreiche Verbrechen zur Rechenschaft gezogen, im Gegenteil, viele erhielten wichtige Regierungsposten.

Im Dezember 2021 haben wir 30 Ländern unsere umfassenden Vorschläge zu den Sicherheitsgrundsätzen in Europa übermittelt. Praktisch wurden sie leider ignoriert. Als wir die Partner Anfang Februar direkt nach ihrer Haltung zum Grundsatz der gleichen und unteilbaren Sicherheit fragten, schwiegen sie oder vermieden es, konkret zu antworten.

Am 17. Februar eskalierte die Lage auf dem Territorium der Volksrepubliken Donezk und Lugansk extrem scharf. Die ukrainischen Streitkräfte starteten erneut eine Offensive entlang der gesamten Kontaktlinie und trugen heftige Gefechte mit den Streitkräften

der Volksrepubliken aus. Die ukrainischen Streitkräfte nahmen den intensiven Beschuss mit grosskalibrigen Geschützen wieder auf, überquerten den Fluss Donez und versuchten, sich in neuen Positionen zu verschanzen.

Am 19. Februar wurde auch das russische Territorium beschossen. So haben die Kiewer Behörden demonstrativ jede Möglichkeit eines politischen und diplomatischen Dialogs verschmäht, den sie 8 Jahre lang sabotiert hatten.

Vor diesem Hintergrund baten die Behörden der Volksrepubliken Russland um Mithilfe, um die Gewalt von Kiew zu beenden. Russland konnte dem Schicksal des Donbass gegen-

über, wo 4 Millionen Menschen leben, nicht gleichgültig bleiben. Am 21. Februar beschloss Präsident Putin, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen und Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit ihnen zu unterzeichnen. Am 24. Februar wurde eine spezielle Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine eingeleitet.

Hauptziele der militärischen Sonderoperation sind Rettung und Schutz der Zivilbevölkerung in den Volksrepubliken, sowie Russlands selbst vor der militärischen Bedrohung durch westliche Länder, die versuchen, den ukrainischen Staat gegen unser Land einzusetzen. Russland kann nicht anders, als auf die reale Gefahr zu reagieren, dass die Ukraine in den Besitz von Atomwaffen kommt, wie

Braucht der Westen mehr Rüstung gegenüber Russland?



Die Flächen der Panzer entsprechen den jährlichen Militärausgaben in USD nach Zahlen von 2020. Quelle: SIPRI, Grafik: UW

Präsident Wolodymyr Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar sagte. Dabei hat das derzeitige Kiewer Regime offen territoriale Ansprüche gegen Russland geltend gemacht und mit Gewaltanwendung gedroht – das war intolerabel. Präsident Wladimir Putin hat schon mehrmals die russische Position klargemacht: Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine, die Bestätigung des neutralen Status von Kiew und die Anerkennung der russischen Souveränität über die Krim sind notwendig, um die Lage in der Ukraine zu stabilisieren.

Ich möchte auch auf die humanitäre Katastrophe im Donbass eingehen. Der Westen spricht jetzt über eine «russische Invasion», aber fast niemand hat sich an den Angriffen des Kiewer Regimes auf seine eigenen Bürger gestört, die in den letzten 8 Jahren mit unterschiedlicher Intensität fortgesetzt wurden – 14000 Menschen im Donbass sind ums Leben gekommen! Neben Russland hat nur die Schweiz humanitäre Hilfe für die Menschen in den Volksrepubliken geleistet. In der Tat hat sich nur Russland in all den Jahren um die reale Gefahr für das Leben von mehreren Millionen Menschen gekümmert. Es sei erwähnt, dass Russland allein in den letzten Tagen bereits mehr als 130000 Flüchtlinge, vor allem Frauen, Kinder und Senioren, aufgenommen hat.

Die Vogel-Strauss-Politik des Westens hat Kiew von seiner eigenen Straflosigkeit überzeugt und es dazu gebracht, sich von den Minsker Vereinbarungen de facto zurückzuziehen, was von ukrainischen offiziellen Personen mehrmals wiederholt und öffentlich erklärt worden ist.

Das Verhängen von Sanktionen und in diesem Zusammenhang die Ausweitung der US-amerikanischen

Gerichtsbarkeit auf europäische Unternehmen ist zu einer gängigen Waffe der USA geworden, zu einer Art wirtschaftlicher Kanonenbootpolitik. Welchen Einfluss haben derartige Sanktionen auf den Alltag der russischen Menschen? Was stellen Sie der Sanktionspolitik entgegen?

Ich stimme Ihnen zu – seit Jahrzehnten sind restriktive Massnahmen ein beliebtes Instrument im aussenpolitischen Arsenal Washingtons. Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Sanktionen, die in den letzten Tagen von den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und leider auch der Schweiz sowie einer Reihe anderer Länder angekündigt wurden, unrechtmässig sind, da sie ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrates verhängt wurden.

Russland hat bewiesen, dass es trotz der Kosten der Sanktionen in der Lage ist, den verursachten Schaden zu minimieren. Der Druck durch Sanktionen kann die Entschlossenheit, unsere Sicherheitsinteressen zu verteidigen, nicht beeinträchtigen. Die russische Seite wird ihrerseits in jedem Fall angemessen reagieren.

Bisher waren die direkten Auswirkungen der Sanktionen auf das tägliche Leben der Russen begrenzt. Es ist noch zu früh um einzuschätzen, wie stark sich die neuen Massnahmen auf Russen auswirken werden. Wir werden unsererseits die bewährte Politik des Importersatzes und der Diversifizierung der Aussenwirtschaftsbeziehungen weiter betreiben. Die Weltgemeinschaft ist nicht auf die westlichen Länder beschränkt: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt im Osten. Deswegen ist der Versuch, Russland zu «isolieren», zum Scheitern verurteilt. Je früher dies auf beiden Seiten des Atlantiks verstanden wird, desto besser für alle.

Die Russische Föderation setzt der westlichen «Sicherheitsarchitektur» den Geist der «Charta von Paris» entgegen und propagiert eine defensive Sicherheitsordnung in Europa, die die Sicherheitsbedürfnisse aller Staaten respektiert. Wenn wir über den gegenwärtigen Konflikt hinausblicken: Wie sieht die sicherheitspolitische Lage Russlands aus und welches sind Ihre hauptsächlichsten Sicherheitsbedenken, wo sehen Sie Ihre Sicherheit in erster Linie bedroht?

Russland hat sich nie gegen die Charta von Paris ausgesprochen. Wir haben uns bemüht, dafür zu sorgen, dass alle OSZE-Verpflichtungen gleichermaßen berücksichtigt werden. Neben der Charta von Paris für ein neues Europa hat man bei den OSZE-Gipfeltreffen auch eine Reihe politischer Verpflichtungen angenommen, die in der Europäischen Sicherheitscharta (1999), der Gedenkklärung von Astana (2010) und anderen OSZE-Dokumenten verankert sind. Doch der Westen mag nur günstige Punkte aus dem Gesamtpaket der Verpflichtungen betrachten, obwohl sie alle miteinander verbunden sind.

Russland war beunruhigt über die zunehmenden militärischen Aktivitäten der USA und der NATO direkt an unseren Grenzen. Die «roten Linien» und Sicherheitsinteressen sowie das souveräne Recht Russlands, diese zu verteidigen, wurden nicht berücksichtigt. Wie ich bereits sagte, konnten wir die offensichtliche Weigerung Kiews, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, und den regelmässigen Beschluss von Zivilisten im Donbass von den ukrainischen Streitkräften nicht länger ignorieren. Russland verfügte über zuverlässige Informationen über die Vorbereitungen Kiews für eine Militäroperation im Donbass.

All dies zusammen hat Russland zum Handeln veranlasst.

Die Regierung der Russischen Föderation hat den USA am 15. Dezember den Entwurf zu einem Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den USA über Sicherheitsgarantien unterbreitet. Gleichentags hat sie der NATO ein Abkommen über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Teilnehmerstaaten der Nato vorgeschlagen. Welches sind die Kernpunkte dieser Dokumente und welche Bedeutung hätte ein Eintreten auf die russischen Vorschläge in der gegenwärtigen gespannten Lage?

Die russischen Vorschläge basierten auf den Grundsätzen der unteilbaren und gleichen Sicherheit und der Achtung der UN-Charta. Die wichtigsten Bestimmungen betrafen u.a. den Verzicht auf eine fernere NATO-Osterweiterung, die Nutzung des Hoheitsgebiets von Drittstaaten zur Vorbereitung und Durchführung eines bewaffneten Angriffs, die Stationierung von Streitkräften, Atomwaffen, landgestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen, usw.

Die westlichen Partner haben keine konstruktive Antwort auf die grundlegenden Elemente der von der russischen Seite vorbereiteten Vorschläge für Sicherheitsgarantien gegeben. Der Paketcharakter der russischen Vorschläge wurde ignoriert. Daraus wurden bewusst nur «bequeme» Themen ausgewählt. Sie wurden wiederum «verdrehen», um den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten Vorteile zu verschaffen. Dieser Ansatz sowie die Rhetorik von US-Beamten verstärken unser Zweifeln daran, dass sich Washington wirklich für eine Verbesserung der europäischen Sicherheits-

lage einsetzt. Wie Aussenminister Sergej Lawrow am 1. März feststellte, ist es für Russland nach wie vor von grundlegender Bedeutung, rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien von den NATO-Staaten zu erhalten.

In einem Brief an die Teilnehmerstaaten der OSZE, der auch die Regierung der Schweiz erreicht hat, erinnerte Ihr Aussenminister Sergej Lawrow an die Unteilbarkeit der Sicherheit, wie sie im angesprochenen Dokument von Paris und in der Europäischen Sicherheitsakte als Grundsatz formuliert worden ist. Haben Sie die Antwort der Europäischen Union und die vorläufige Stellungnahme von Aussenminister Ignazio Cassis befriedigt?

Anfang Februar hat der russische Aussenminister Sergej Lawrow 37 Briefe an seine Amtskollegen in den westlichen Ländern, einschliesslich der Schweiz, geschickt. Leider müssen wir feststellen, dass wir keine substantiellen Antworten erhalten haben: Unsere westlichen Partner zogen es vor, zu schweigen oder der Beantwortung der direkt gestellten Fragen auszuweichen.

Die Schreiben des Hohen Vertreters der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Georges Borrell und des NATO-Generalsekretärs Joseph Stoltenberg haben uns überrascht – niemand hatte ihnen Schreiben geschickt. Es ging um die Verpflichtungen, welche die OSZE-Teilnehmerstaaten vereinbart haben. Die EU und die NATO haben damit nichts zu tun.

Was die Antwort von Bundespräsident Ignazio Cassis betrifft, so hat uns die Schweizer Seite gebeten, den Inhalt nicht zu veröffentlichen. Es sei nur angemerkt, dass wir leider auch auf die klar gestellten Fragen keine substantielle Antwort erhalten haben.

SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach (Teil 5)

Russland überfällt die Ukraine – Rundschau sah dies bereits 2007

Während in der Ukraine die Eskalationsspirale dreht, verpasst es die Rundschau vom 23. Februar über Hintergründe aufzuklären und Ereignisse einzuordnen. Stattdessen wird behauptet, Putin hätte bereits 2007 «aus seiner Vision keinen Hehl gemacht».

Von Alva Noi

Krieg im Donbass, Panzer vor Kiew, Raketenangriffe auf Städte in der Ukraine – die Ereignisse vom 24. Februar 2022 sind schockierend und schrecklich. Russland ist für diesen Schritt der Eskalation verantwortlich und aufs schärfste zu verurteilen. Keine Ausreden, ich lehne die Sprache der Waffen ab. Darin stimmt die Haltung von «Unsere Welt» auch mit anderen Medien überein. Doch Unterschiede gibt es bei der Berichterstattung davor. Und die sind wesentlich und gravierend.

Abstimmung in der Duma

Halten wir uns vor Augen: Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 16. Februar 2022 von der Kommunistischen Partei in der Duma, die den Antrag auf Anerkennung der Separatistengebiete Lugansk und Donezk stellen. Resultat der darauffolgenden Abstimmung: Einstimmigkeit der 351 Abgeordneten. Neben den Kommunisten stimmte auch die Partei «Einiges Russland» geschlossen für die Anerkennung der beiden Volksrepubliken. Dies war die Grundlage, den Angriff auf die Ukraine als Verteidigung zu sehen.

Halten wir uns weiter vor Augen: Mit dieser Anerkennung ist das Minsker Abkommen das Papier nicht mehr wert. Jenes Abkommen, das einen Ausweg aus der Sackgasse hätte dar-

stellen können. Der Abzug der schweren Waffen wird darin gefordert, ein Autonomiestatus für die umkämpften Gebiete im Osten innerhalb der Ukraine garantiert, Wahlen und die Kontrolle der Grenzen durch die Ukraine vorgesehen. Bis vor dem Angriff in der Frühe des 24. Februars 2022 war die Umsetzung dieses Abkommens die Doktrin Russlands zur Lösung des Konfliktes. Mit dem Einmarsch der Armee auf ukrainisches Territorium hat Russland dieses Abkommen aufgekündigt. Dies notabene, nachdem die ukrainische Regierung acht Jahre lang nichts unternahm, um dem Frieden zuliebe das in Verhandlungen ausgearbeitete Dokument auch umzusetzen.

Selbstgerechtigkeit beim SRF

Das Schreiben für *Unsere Welt* ist so eine Sache. Eigentlich informiere ich mich nur noch selten auf SRF über geopolitische Themen. Die Rolle für die Bösen ist zu schnell vergeben. Und natürlich auch, wo das Gute keimt. Meistens natürlich in heimischen, westlichen Gärten. Ob so viel Selbstgerechtigkeit ärgere ich mich jedes Mal. Doch Redaktionsschluss der UW zu Zeiten abscheulicher Ereignisse – SRF erhält nochmals eine Chance. Ich schaue mir die Rundschau vom 23. Februar 2022 an.

Und da haben wir es doch wieder. Im Zentrum der Berichterstattung

steht ein Film über Putin. Man könne vieles sagen über die Eskalation, nur eines nicht: Dass sie überraschend komme! So die Anmoderation. Das überrascht dann aber doch auch einen hartgesotteten Kritiker wie mich. Anscheinend wussten die Journalisten in Leutschenbach wesentlich mehr als viele Politologen, Historiker und international tätigen Journalisten. Doch der Reihe nach!

Der Mann mit dem Plan

«Vladimir Putin hat aus seiner Vision nie einen Hehl gemacht. (...) Frédéric Tonolli über den Mann mit dem Plan.» So die Anmoderation zu einem Film über Putin in der Rundschau kurz vor dem Einmarsch der



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

russischen Truppen in der Ukraine. Im Film dann die These: Hätten wir nur genau hingeschaut, so hätte man es früh sehen können. «Ein osteuropäisches Land nach dem anderen stösst zum westlichen Militärbündnis. Putin fühlt sich verraten. Der Westen habe versprochen, die NATO breite sich nicht nach Osten aus.» Hm – was soll da der Konjunktiv? War es nicht so?

Ich höre weiter. «Putin an der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Putin prangert den Westen an und behauptet: «Wir sind Zeugen einer zunehmenden Missachtung der Grundprinzipien des Völkerrechts. Die USA zwingen anderen Ländern ihre Normen auf. (...)»

Ich staune erneut – keine historische Einordnung. Kurz zur Erinnerung: 1999 der Krieg gegen Jugoslawien, 2001 der NATO-Angriff auf Afghanistan, 2003 der Angriff auf den Irak. Alles ohne völkerrechtliche Grundlage. Hatte Putin nicht Recht mit seiner Einschätzung? Ich teilte sie damals und auch heute!

Ohne Einordnung

Anstatt die Äusserungen von Putin historisch einzuordnen, verkommt Frédéric Tonolli im Rundschaubeitrag zum Psychoanalytiker. In der Person der Politik-Wissenschaftlerin Tatiana Kastoueva erfährt das Publikum Neues: «Hier überschreitet Putin eine Schwelle und bringt ganz unverhohlen seine Unzufriedenheit mit dem Verhalten des Westens zum Ausdruck.» Da musste ich dann erneut leer schlucken. Genau die gleiche Unzufriedenheit trieb mich damals auf die Strasse. Ob der Ignoranz des Westens gegenüber dem Völkerrecht. In der Rundschau aber die Einordnung, es hätte wie die Ankündigung eines neuen, kalten Krieges geklungen – Putin als Initiant! Der Kreml-Chef habe die Weltbühne betreten und einen Warnschuss nach Westen abgefeuert.

Weiter im Film in diesem Stil: Kein Wort von den Dollarmilliarden auf dem Maidan, kein Wort vom Plebiszit auf der Krim, kein Wort von den Heckenschützen auf Demonstranten und Polizei während den Unruhen im Jahre 2014 – das Gewerkschaftshaus mit den verbrannten GenossInnen in Odessa etc. Unaufgeklärt, ungesühnt, in keinem rechtsstaatlichen Justizprozess aufgearbeitet. Auch das Verbot der russischen Sprache hat anscheinend nichts für den Film Relevantes bewirkt, geschweige denn die Zensur der russischsprachigen Presse. Im Gegenteil: Alles im Dienste der demokratischen Entwicklung. Eine solche Entwicklung stelle ich mir allerdings anders vor.

Westliche Verantwortung

Der Westen hat an der jetzigen Situation mächtig mitgewerkelt, kräftig geholfen das Gebiet auseinanderzudividieren. Und immer unter dem Vorwand: Es sei ein demokratischer Prozess! Wahrlich, da steckt mehr Mitverantwortung drin, als dem Westen lieb sein kann. Doch im Moment geht es darum, Schlimmeres abzuwenden. Die Aggression kommt diesmal ganz klar aus Russland, gesteuert durch den Kreml. Da scheinen bei den Militärstrategen und auch bei Putin alle Sicherungen durchgedreht zu sein. Im Jahre 2007 war dies aber weder zu sehen, noch waren damals Putins Äusserungen irrational. Dies im Gegensatz zu heute!

Zum Verstehen der Situation hilft mir die Berichterstattung in SRF erneut reichlich wenig. Dominik Meier begrüsst die Zuschauenden zu Beginn der Rundschau mit den Worten: «Willkommen in ihrem PolitiMagazin.» Nein, Herr Meier! Mein PolitiMagazin ist es zumindest in geopolitischen Fragen nun definitiv auch weiterhin nicht. Für wie dumm verkauft uns eigentlich Leutschenbach?



Die Schweiz bündelt sich der NATO an. Quelle: zVg

Schweizer F-35-Kampffjets

Seite an Seite mit der NATO

Im Zuge der Ukraine-Krise fordern SVP und FDP mehr Geld und mehr SoldatInnen für die Armee – und den möglichst baldigen Kauf der F-35-Kampffjets. Enthüllungen der «Rundschau» zeigen, was der Zweck der Kampffjet-Beschaffung ist: in Zusammenarbeit mit der NATO Präventivschläge führen.

Von Tarek Idri

Die deutsche Regierung hat angekündigt, die Bundeswehr mit einem 100 Milliarden Euro schweren «Sondervermögen» zu beschenken. In der allgemeinen Hysterie, die sich nach dem russischen Militäreingriff in der Ukraine entzündet hat, nutzen die KriegstreiberInnen des Westens die Situation geschickt aus, um überall die Rüstungsausgaben zu erhöhen und die Waffenindustrie mit Geld zu überschütten. Bundeskanzler Olaf Scholz versprach neben dem Milliarden-Batzen fürs Militär, auch jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung zu investieren. Damit wird das

sogenannte Zwei-Prozent-Ziel erfüllt, das die NATO ihren Mitgliedern vorschreibt und dem die Bundesrepublik bislang nicht nachgekommen ist. Auch die MilitärlobbyistInnen in der Schweiz nutzen momentan die Gunst der Stunde: SVP und FDP forderten am 28. Februar im Parlament sieben Milliarden Franken fürs Militärbudget, zwei Milliarden mehr als bisher. Die sieben Milliarden Franken würden ein Prozent des Schweizer Bruttoinlandsprodukts ausmachen, damit will man sich augenscheinlich dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO annähern und sich der NATO selber anbieten. Die beiden Parteien fordern ebenfalls, dass der Armeebestand um 20 000 SoldatInnen, um einen Fünftel,

erhöht wird – und zwar «so schnell wie möglich». Mittelfristig müsse der Armeebestand sogar noch weiter wachsen. Nach dem Willen des FDP-Präsidenten Thierry Burkart soll bitte auch gleich noch die Volksinitiative «Stopp F-35» zurückgezogen und zügig die neuen F-35-Flieger beschafft werden, damit die Kampffjet-Flotte der Schweiz «jederzeit ganz zur Verfügung steht». Dieser Forderung hat sich sogar die «Mitte»-Bundesrätin Viola Amherd angeschlossen.

Präventiv bombardieren

Wozu die F-35-Jets der Schweiz tatsächlich zur Verfügung stehen sollen, deckte vor Kurzem die *Rundschau* des SRF auf. Sie veröffentlichte in der Sendung «Bomben über Tschechien» geheime Dokumente aus dem Evaluationsverfahren, welches den Bundesrat zum Kauf der F-35-Bomber bewogen hat. Im Evaluationsverfahren des VBS wurde geprüft, ob die zur Auswahl stehenden Kampffjet-Modelle vier verschiedene Einsatzmissionen durchführen konnten. Brisant war vor allem ein Szenario, bei dem die präventive Bekämpfung von Bodenzielen aus der Luft weit ausserhalb der Schweizer Grenze durchgespielt wurde. Konkret wurde ermittelt, ob eine Flugpiste in Tschechien oder eine wichtige Donau-Brücke in Süddeutschland bombardiert werden könnten, um «feindlichen Verbänden» präventiv das Vorrücken in Richtung Schweiz zu erschweren. Der F-35-Flieger des US-amerikanischen Waffenherstellers Lockheed Martin dürfte dieses Evaluationskriterium problemlos erfüllt haben. Als Tarnkappenbomber ist der F-35 «ein Angriffsflugzeug, das für Überraschungsoffensiven tief im feindlichen Territorium optimiert ist», erklärte der SP-Sicherheitsexperte Peter Hug gegenüber der *Woz*. Für luftpolizeiliche Aufgaben sei er hingegen nicht geeignet. Aber vom Bundesrat wurde gerade im Abstimmungskampf im-

mer wieder versichert, dass der neue Kampffjet hauptsächlich für den Luftpolizeidienst gebraucht werden würde. Die Abstimmung um die Kampffjets wurde dann bekanntlich durch ein Zufallsmehr von 50,1 Prozent zugunsten des Kaufs entschieden. Ein offenes Bekenntnis zu Luft-Boden-Präventivschlägen weit ausserhalb der Schweiz hätte bei der Stimmbürgerbevölkerung keine Mehrheit gefunden, ist sich Hug sicher.

Bundesrätin Viola Amherd versicherte noch im Juni 2021 an einer Medienkonferenz wörtlich, «dass ein Szenario «Berlin bombardieren» kein Evaluationskriterium war». Dies widerspricht direkt dem, was die *Rundschau* über das Evaluationsverfahren aufgedeckt hat. Die neuen Kampffjets müssen gemäss den enthüllten VBS-Szenarien präventiv weit entfernte Ziele in Europa bombardieren können.

Neutralität? Egal!

Die Rüstungslobby im Bundeshaus unterstützt diese Ausrichtung der Armee – wen wundert's – voll und ganz. Angesprochen auf die Enthüllungen erklärte FDP-Präsident Burkart praktisch direkt, dass ihm die Neutralität der Schweiz völlig gleichgültig ist: Im Kriegsfall «muss man alle möglichen Missionen durchführen, die dem Schutz des Landes und einem grösseren europäischen Raum (!) dienen. Dazu gehören auch Präventivschläge, wenn damit Schläge gegen die Schweiz verhindert werden können». Im Kriegsfall, den die Schweiz mit einem Präventivschlag provoziert hat, gäbe es also «keine Neutralität mehr». Wieso dann überhaupt jetzt noch von Neutralität reden, wenn die Schweiz in Zukunft Kriege anzetteln darf?

Stefan Schmid, Chefredaktor des freisinnigen *St. Galler Tagblatts*, reagierte auf die Rundschau-Enthüllung noch «tabuloser» und sprach unumwunden aus, was der eigentliche Sinn und Zweck des Kaufs des F-35 war: der Anschluss an die NATO.

Schmid bemängelte, es gebe eine auffällige Diskrepanz zwischen dem, was dem Volk in Sachen Landesverteidigung explizit gesagt und dem, was tatsächlich beabsichtigt würde. Man solle lieber «ohne Tabus» darüber reden, dass es in Wirklichkeit um die «enge Kooperation mit der NATO» geht. «Es ist völlig klar, dass der F-35 niemals gegen Interessen der NATO eingesetzt werden könnte, sondern nur mit deren Zustimmung.» Und noch deutlicher: «Wenn es gefährlich wird in Europa, dann kämpft die Schweiz Seite an Seite mit ihren NATO-Nachbarn gegen einen potenziellen Aggressor.» Letzteres hat sich nun nach der Eskalation in der Ukraine als Realität herausgestellt, auch wenn seitens NATO noch ohne Waffen gekämpft wird. Die Schweiz hat praktisch bei allen wirtschaftlichen und politischen Strafmassnahmen der NATO-Nachbarn blindlings mitgemacht.

Diplomatie statt Krieg!

Das bürgerliche Lager hat offenbar jeden Anschein von Neutralität und Zurückhaltung verloren. Es ist in diesen Zeiten umso dringlicher, dass die fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft einen festen Block gegen den Krieg bilden. Ein Schritt dazu besteht darin, dass die Initiative zur Verhinderung des F-35 zustande kommt und angenommen wird. Den Aufstockungen des Militärs und der Erhöhung des Armeebudgets, der Ausrichtung auf die NATO und Offensiveinsätzen müssen wir uns deutlich entgegenstellen. Die Schweiz muss nicht «fit» gemacht werden für den Krieg, sondern für Diplomatie und Entspannungspolitik. Wir dürfen uns nicht kampfflos in den Strudel des Aufrüstungswahns hineinziehen lassen. Wir dürfen auf keinen Fall die Vergangenheit vergessen: Die Abermillionen Toten von zwei Weltkriegen und unzähligen kleineren imperialistischen Kriegen mahnen uns!

RUAG-Privatisierung

Die Schweiz – kriegstechnisch ganz vorne mit dabei

Die Schweiz hat die weltbeste Sniper-Munition entwickelt. Jetzt wird deren Produktion ins Ausland verkauft.

Von Christian Müller

Im Jahr 2020 ist trotz Covid-Pandemie weltweit mehr Geld in die militärische Aufrüstung geflossen als je zuvor. Das Total liegt bei zwei Billionen US-Dollar – 2 000 Milliarden! Am meisten Geld steckten erneut die USA ins Militär: 778 Milliarden. China in Position 2 investierte dreimal weniger ins Militär als die USA, Indien 11 mal weniger, Russland und UK 13 mal weniger als die USA, etliche von ihnen aber trotzdem mehr als im Vorjahr. Im gleichen Pandemie-Jahr 2020 sind geschätzt weltweit 88 Millionen Menschen zusätzlich in Armut gefallen. International also mehr Geld

fürs Militär, aber kaum Geld für die Bekämpfung der Armut.

Neutralität nach Schweizer Art

Der Schweizer Bundesrat hat im Frühling 2019 beschlossen, grosse Teile des staats-eigenen Technologie- und Rüstungsbetriebes RUAG an geeignete Investoren zu verkaufen. Das Brisante daran: Damit geht auch die Herstellung von Munition für die Schweizer Armee in fremde Hände. Der Versuch, wenigstens diesen Teil des Verkaufs zu stoppen, fand in Bern keine Gnade. Damit übergibt ein Land, das immer wieder behauptet, neutral zu sein, einen essentiellen Teil

seines staatlichen Rüstungsbetriebes in geopolitisch interessierte Hände. Neutralität nach Schweizer Art...

Aufrüstung war noch nie menschenfreundlich. Der neueste Trend, UGV (Unmanned Ground Vehicle) und Drohnen zu entwickeln und zu produzieren, um so aus dem Bürostuhl Menschen in der Ferne töten zu können, ist aber, wenn da überhaupt von Ethik die Rede sein kann, in ethischer Hinsicht ein neuer Tiefpunkt der Waffenentwicklung. Aber auch in jenem Krieg, wo auf beiden Seiten noch Soldaten im Einsatz sind, geht es darum, Soldaten – also Menschen – auf der anderen Seite gezielt aus immer grösserer Distanz umzulegen: die Aufgabe der sogenannten Scharfschützen oder Sniper. Und in diesem Bereich ist die Schweiz mit einem neuen Munitionstyp, genannt .375 SWISS P, ganz vorne dabei.

Diese neue Munition der RUAG hat gegenüber der bisher für Sniper üblichen .338 Lapua Mag deutliche Vorteile. Sie ist nicht nur präziser, man kann mit ihr vor allem auch aus deutlich grösseren Distanzen tödliche Treffer erzielen, ohne Probleme bis auf 1,6 km. Und bis auf 600 m Distanz durchschlägt diese Munition auch Kugelschutzwesten der Kategorie IV.

Auf den Markt

Nach dem Entscheid des Schweizer Bundesrats, grosse Teile des staats-eigenen Rüstungsbetriebes RUAG zu verkaufen – darunter nicht zuletzt auch die

RUAG Ammotec –, kommt also auch die Produktion von Munition und damit die Produktion dieser Wundermunition, mit der man besser als mit allen anderen Munitionstypen Menschen auf grosse Distanz treffen und umbringen kann, «auf den Markt», wie es so schön heisst. Eine Anfrage von *Infosperber* in Bern beim zuständigen Finanzdepartement hat dies ausdrücklich bestätigt. Ob wir Schweizer und Schweizerinnen auf die Entwicklung der Sniper-Munition .375 SWISS P besonders stolz sein dürfen, bleibe mal dahingestellt. Aber sollen wir die Produktion dieser Muni-

tion aus der neutralen Schweiz wirklich an einen ausländischen Rüstungsbetrieb verkaufen und damit geopolitisch die Kriegstauglichkeit jener Länder erhöhen, die sich künftig diese besonders trefflichere Munition leisten können?

Viele Beobachter der geopolitischen Situation sind sich darin einig, dass wir seit 1991 nie näher an einem neuen grossen Krieg waren, als wir es gerade jetzt sind. Aber der neutralen Schweiz ist es schnuppe, sie verkauft die Produktion von modernster Munition in private Hände.

Quelle: *Infosperber.ch*, Kürzung: *UW*



Ammotec-Fabrik in Thun. Quelle: RUAG

Ostermarsch 2022 Klima schützen, Frieden schaffen!

Letztes Jahr stand der Ostermarsch ganz im Zeichen von Corona: Thematisch mit der Forderung «Yes, we care!» und organisatorisch, weil er virtuell durchgeführt wurde. Trotz guter Rückmeldungen kann ein virtuelles Treffen ein physisches nicht ersetzen. Deshalb hoffen wir sehr, dass wir dieses Jahr, am Ostermontag, 18. April, wieder vom Eichholz zum Münsterplatz spazieren können, um ein starkes Zeichen für den Frieden zu setzen.

Mit dem Thema des Ostermarschs 2022 wenden wir uns der existenziellen Krise zu, die im Hintergrund der Pandemie immer noch einer konsequenten Lösung harret: dem Klimawandel. Die Veränderungen der Umwelt durch die Klimaerwärmung verursachen Ressourcenknappheiten, die sich wiederum in Konflikten äussern und bestehende Konflikte verschärfen. Nur, wenn es Klimagerechtigkeit gibt, gibt es auch Frieden.

Leider kommt die globale Klimapolitik nur schleppend und wenig wirksam voran. Das Geschäft mit Kriegsmaterial floriert hingegen weltweit. Jahr für Jahr wird mehr Geld für Rüstungsgüter ausgegeben und die Logik der militärischen Aufrüstung dominiert nach wie vor das breite Sicherheitsverständnis. Die betroffene Zivilbevölkerung leidet und Klimaveränderungen und Konflikte treiben Millionen Menschen in die Flucht. Die Schweiz muss deshalb bei der Abfederung des Klimawandels eine Vorbildrolle einnehmen, statt durch Investitionen in milliardenschwere Rüstungsprojekte Kriege zu finanzieren. Den Geflüchteten soll sie solidarisch begegnen und sie aufnehmen. Deswegen sagen wir: Klima schützen, Frieden schaffen!

Weitere, aktuelle Infos: www.ostermarschbern.ch

Krieg in Äthiopien

Regime Change vorerst abgewendet

In Äthiopien nehmen die USA den Sturz der demokratisch gewählten Regierung in Kauf, um das Land zu destabilisieren und um den wachsenden Einfluss Chinas in der Region einzudämmen. Die mit den USA verbündete, separatistische TPLF führt seit mehr als einem Jahr einen bewaffneten Aufstand – bisher ohne Erfolg.

Von Tarek Idri

Seit Herbst 2020 versucht die separatistische Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) mit Unterstützung des Westens, die demokratisch gewählte Regierung von Äthiopien zu stürzen und die Macht im ostafrikanischen Land wieder an sich zu reissen. Seitdem herrscht in Äthiopien ein Krieg zwischen der TPLF und der Zentralregierung, wobei die Regierung unter Abiy Ahmed Ende 2021 die Kontrolle über die Situation zurückerlangt hat. Fast 30 Jahre lang hatte die TPLF Äthiopien mit eiserner Faust regiert, mit massiver Korruption, unter Missachtung der Menschenrechte, durch das Schüren von Spannung zwischen den Ethnien – und unter der Schirmherrschaft der USA. 2018 wurde das von der Tigray-Minderheit dominierte Regime durch Massenproteste gestürzt und der junge Abiy Ahmed zum Premierminister gewählt. Ahmed, Sohn eines muslimischen Oromo und einer christlichen Amharin, führte tiefgreifende Reformen durch: Er liess politische Gefangene frei, strich Oppositionsgruppen von der Terrorliste, besetzte sein Kabinett zur Hälfte mit Frauen, vermittelte in der politischen Krise des Sudans – andererseits setzte er auch ein neoliberales Wirtschaftsprogramm durch. Sein grösstes Verdienst ist der Friedensschluss mit dem Nachbarland Eritrea. Die beiden Nationen führten um die Jahrtausendwende einen blutigen Grenzkrieg und waren seitdem verfeindet.

Im Sommer 2018 schloss Ahmed ein bedingungsloses Friedensabkommen mit Eritrea. Dafür erhielt er den Friedensnobelpreis.

Zehntausende Tote

Von 1991 bis 2018 wurde Äthiopien von der Tigray-Partei TPLF regiert. Bloss sechs Prozent der Gesamtbevölkerung gehört dem Volk der Tigray an, welches in der nördlichsten Region des Landes beheimatet ist. Dennoch spielte es durch das TPLF-Regime eine überproportionale Rolle in der Wirtschaft, im Militär und im öffentlichen Leben Äthiopiens. Die neue plurinationale Regierung von Abiy Ahmed schränkte die Macht der TPLF deutlich ein.

2020 wurden die nationalen Parlamentswahlen und Regionalwahlen aufgrund der COVID-19-Krise abgesagt. Die Tigray-Regionalregierung führte trotzdem Wahlen durch, bei der die TPLF, wenig überraschend, fast alle Sitze gewann. Die Wahl wurde von der Zentralregierung für ungültig erklärt. Die TPLF schloss sich in der US-Hauptstadt Washington (!) mit neun bewaffneten Gruppen aus Äthiopien zusammen, rief öffentlich zum Sturz der Ahmed-Regierung auf und erklärte sich selbst – im Stile von Juan Guaidó in Venezuela – zur neuen Übergangsregierung. Am 3. November 2020 griff die TPLF schliesslich das Nordkommando der äthiopischen Armee an, das rund 80 Prozent der Armeeausrüstung beherbergte, sowie

Stützpunkte in vier weiteren Ortschaften. Dies markierte den Beginn des Krieges. Der Plan der TPLF war, die Militärbestände in einem Blitzkrieg zu erobern und dann damit die Zentralregierung in Addis Abeba zu stürzen. Die Regierung von Abiy Ahmed antwortete mit einer militärischen Grossoffensive und schlugen den Angriff mit Drohnen und Hightech-Waffen zurück. Ein entscheidender Faktor für die Abwehr der TPLF-Aggression war, dass die äthiopische Armee von



Protest gegen die US-Einmischung in Addis Abeba. Quelle: Africa Report

eritreischen Truppen unterstützt wurde. Der Krieg wurde mehr als ein Jahr geführt, wobei die Parteinahme der USA und der EU für die separatistische TPLF eine wichtige Rolle spielte. Während dem Konflikt wurden etwa drei Millionen Menschen vertrieben, Zehntausende wurden getötet, Land und Infrastruktur wurde zerstört. Allerdings führte der Konflikt laut Graham Peebles, unabhängiger Korrespondent in Äthiopien, auch dazu, dass

das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt wurde. Dies äusserte sich unter anderem in massenhaften Protesten von ÄthiopierInnen, die ein Ende der ausländischen Einmischung forderten.

US-Sanktionen

Die USA standen seit 1991 stets hinter dem TPLF-Regime und bauten enge Verbindungen zu ihm auf. 2015 beispielsweise erklärte die Obama-Regierung die nationalen Wahlen in Äthiopien, bei der die TPLF 100 Prozent der Sitze gewann, ohne Vorbehalt für legitim. Die gegenwärtige US-Regierung fördert den Sturz der derzeitigen äthiopischen Regierung und deren Ersetzung mit den TPLF-Marionetten durch Sanktionen aktiv. Anfang 2021 wurden Visabeschrän-

entgegentritt, die versuchen, unsere demokratisch gewählte Regierung zu stürzen».

China und Äthiopien

Die USA nehmen die Destabilisierung und ethnische Fragmentierung Äthiopiens und potenziell der ganzen Region ohne Skrupel in Kauf, obwohl die Ahmed-Regierung wirtschaftlich neoliberal ausgerichtet ist. Zweck davon ist, den Einfluss und die zunehmende Dominanz Chinas am Horn von Afrika einzudämmen. Im Rahmen der chinesischen «Belt and Road Initiative» investiert China Milliarden in Afrika, wobei Äthiopien zu einem der wichtigsten afrikanischen Empfänger von chinesischen Investitionen zählt. Der grösste Teil des Geldes ist in Infrastrukturprojekte und in die äthiopische Industrie geflossen. Seit 2000 wurden mehr als 50 000 Kilometer neuer Strassen gebaut sowie eine Ringstrasse und eine Stadtbahn in der Hauptstadt Addis Abeba. Darüber hinaus wurde eine Eisenbahnstrecke nach Dschibuti erstellt, welche die Transportzeiten vom Binnenland Äthiopiens zum indischen Ozean von drei Tagen auf zehn Stunden verkürzt hat.

Im Konflikt mit der TPLF hat die chinesische Regierung Äthiopien vorbehaltlos unterstützt. «China wird dem äthiopischen Volk unerschütterlich zur Seite stehen und sich konsequent einer ausländischen Intervention in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens unter dem Deckmantel der Menschenrechte oder der Demokratie widersetzen», erklärte Zhao Zhiyuan, der chinesische Botschafter in Äthiopien.

Das äthiopische Kabinett hat im Januar 2022 die Aufhebung des Ausnahmezustands beschlossen. Die Sicherheitslage im Land habe sich positiv verändert. «Wir haben jetzt ein Stadium erreicht, in dem die Bedrohungen durch reguläre Strafverfolgungsmechanismen neutralisiert werden können», erklärte die Regierung.

Umwelt und Militär

Gefährdetes Hochmoor beschädigt

Im Kanton Wallis wurde bei einer Armeeeübung mit Panzern ein Teil eines ökologisch wertvollen Hochmoors zerstört. Für die Armee wird es keine Folgen haben: Schweizer Soldaten werden auch weiterhin am Simplonpass schiessen können.

Von Tarek Idri

Moore auf über 2 000 Metern sind selten in der Schweiz. Rund um den Hopschusee nördlich des Simplonpasses im Wallis befindet sich eines dieser sogenannten Hochmoore. Mit 67,2 Hektaren bildet das Naturschutzgebiet flächenmässig ein Drittel des gesamten Bestands an Hochmooren in den Schweizer Alpen. Das Hochmoor beim Hopschusee ist ein «Biotop von nationaler Bedeutung». Trotzdem führt die Schweizer Armee in diesem Gebiet regelmässig Schiessübungen durch, mit Konsequenzen: Im Oktober 2021 kam es zu einem Vorfall, bei dem mehrere Dutzend Quadratmeter des Hochmoores zerstört wurden.

Granate vergessen

Am 19. Oktober führte eine Einheit der Artillerie- und Erkundungsschule 31 auf dem Simplon beim Hopschusee eine Schiessübung mit Panzern durch. Ein Schuss mit der M109 Panzerhaubitze verlief nicht wie geplant. Stefan Hofer, Sprecher des VBS, bestätigt dies einige Tage später: «Beim Schiessen hat der Geschützführer nicht überprüft, ob die Granate geladen war, bevor er die Ladung in den Bunker legte.» Die Soldaten hatten also vergessen, eine Granate zu laden. In der Folge wurde die geschmolzene Sprengladung, die die Granate antrei-

ben sollte, vom Panzer abgefeuert. Die Sprengladung fiel auf das Moor, das sofort Feuer fing.

Einer der Soldaten, der bei der Übung teilgenommen hat, schildert den Ablauf des Unfalls gegenüber der Walliser Tageszeitung *Nouveliste*:



Eine M109 Panzerhaubitze in den Alpen – Die Schweizer Armee verursacht Umweltschäden. Quelle: zVg

«Wir sahen plötzlich Flammen und eine grosse Rauchentwicklung.» 15 Soldaten haben dann sofort versucht, mit chemischen Feuerlöschern den Brand zu löschen. Dabei leerten sie acht Kanister. Zunächst schienen die Soldaten Erfolg zu haben und die

Armeeeinheit führte die Schiessübung weiter fort. In den tiefer gelegenen Schichten des Moores, wo der Torf als Brennstoff wirkte, schwelte der Brand jedoch weiter.

Erst am nächsten Morgen sei den Soldaten aufgefallen, dass das Feuer nicht vollständig gelöscht worden war. Nun versuchten sie, den Schwellbrand zu ersticken, indem sie das Moor kurzerhand umgruben. 30 m² des wertvollen Biotops wurden da-

durch komplett zerstört. «Wir hatten vor der Übung einen einstündigen Sensibilisierungskurs, in dem uns gesagt wurde, dass wir vorsichtig sein sollten im Hochmoor.» Nicht einmal urinieren sei dort erlaubt gewesen, da dies das chemische Gleichgewicht

des Wassers und somit des ganzen Biotops verändern könne. «Man stelle sich entsprechend vor, welchen Schaden acht chemische Feuerlöcher und die Soldaten durch das Umgraben anrichten, während sie im Moor herumtrampeln», meinte der Soldat.

«Empfindliche Lebensräume»

Moorlandschaften wie die um den Hopschusee sind verfassungsmässig geschützt, wobei die Kantone für die Durchsetzung der Massnahmen verantwortlich sind. Beim Zwischenfall im Hochmoor wurde der Kanton Wallis jedoch nicht direkt informiert, wie dies vom Sektionschef der Walliser Umweltschutzstelle bestätigt wurde. Als man schliesslich vom Vorfall benachrichtigt wurde, lag auf dem Simplonpass bereits Schnee, was ihnen eine Begutachtung des Schadens verunmöglichte.

Eva-Maria Kläy, Leiterin von Pro Natura Oberwallis, ist ebenfalls nicht glücklich über den Vorfall. Die Feuerlöcher haben in einem so empfindlichen Biotop durch das Ammoniumphosphat vielleicht sogar mehr Schaden angerichtet als das Feuer selbst. «Diese aquatischen Lebensräume sind sehr empfindlich und in unserem Land gefährdet», erklärt Kläy. «Torfmoore brauchen Hunderte oder gar Tausende von Jahren, um sich zu bilden. Und es gibt nur noch wenige dieser Art.» Die Behörden und Pro Natura werden vielleicht bis zum Ende des Winters warten müssen, um sich ein Bild des Schadens machen zu können.

Die Panzer werden in den Rekrutenschulen und Wiederholungskursen am Simplonpass weiterhin das Schiessen auf grosse Entfernungen trai-

nieren. «Die Armee macht am Simplonpass, was sie will. Es stellt sich die Frage nach der Zukunft solcher Schiessplätze, die geschützte Biotope schädigen», betont Eva-Maria Kläy. Der Soldat, der beim Vorfall dabei war, bestätigte gegenüber *Nouveliste*, dass die Armee Umweltschäden verursacht: «In den Bergen wird viel Granatfeuer abgefeuert, und die Granaten werden danach nicht weggeräumt.»

Keine Übungen in Naturschutzgebieten!

Christophe Clivaz, Nationalrat der Grünen, und Brigitte Wolf, Grossrätin der Grünen Oberwallis, fordern vom VBS Antworten zum Vorfall auf dem Simplonpass. Wolf sagt: «Im Zentrum steht die Frage, warum die Armee den Kanton nicht informiert hat.» Zudem wollen sie wissen, wie gross der entstandene Schaden ist und wie er behoben werden kann. Ebenfalls wollen die beiden Grünen Auskunft darüber, ob es sinnvoll und möglich wäre, ganz auf Schiessübungen am Simplon zu verzichten.

Wir von der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) denken, dass man die Frage grundsätzlicher stellen muss. Die Armee war sich bewusst, dass sie die Übung in einem empfindlichen Ökosystem durchführte. Vor der Übung absolvierten die Soldaten, die in den Unfall verwickelt waren, einen Sensibilisierungskurs. Trotzdem fuhr die Einheit mit Panzern und Granaten in das Hochmoor. Das ist offenbar übliche Praxis der Schweizer Armee. Die SFB fordert darum ein komplettes Verbot von Armeeeübungen innerhalb und in der Nähe von Naturschutzgebieten, insbesondere in solchen, die im Bundesinventar für Biotope aufgeführt sind.



Alle US-Präsidenten der letzten Jahrzehnte verbindet eine konsequent imperialistische, aggressive Aussenpolitik. Quelle zVg

US-Imperialismus

Von Bush zu Biden

Es spielt keine Rolle, wer an der Macht ist: Die Aussenpolitik aller US-Präsidenten der letzten Jahrzehnte blieb konstant einem aggressiven Militarismus verpflichtet. Und auch unter Biden wird es keine grössere Abweichung vom imperialistischen Kurs geben.

Von Jeremy Scahill

Viele US-DemokratInnen, Liberale und sogar einige Linke reden sich weiterhin ein, dass die Wahl von Joe Biden der erste Schritt zur Wiederherstellung des Ansehens der USA in der Welt nach dem von Donald Trump verursachten Schaden war. Und in gewisser Hinsicht – vor allem beim Politikstil – hat diese Perspektive ihre Berechtigung. Aber wenn es um die nationale Sicherheitspolitik geht, befinden sich die USA seit Jahrzehnten auf einem stetigen, hypermilitarisierten Kurs. Im Grossen und Ganzen war die US-Politik in Fragen der «nationalen Sicherheit» und der «Terrorismusbekämpfung» vom 11. September 2001 bis heute weitgehend gleichbleibend. Aber ohne die Unterstützung der Führung der Demokratischen Partei – und die Stimmen der DemokratInnen im US-Kongress – wären viele der schlimmsten sicherheitspolitischen Massnahmen der letzten zwei Jahrzehnte nicht umsetzbar gewesen.

Die Demokratische Partei hat nie einen echten Widerstand gegen die RepublikanerInnen geleistet: Die demokratische Kongressabgeordnete Barbara Lee war die einzige, die im gesamten Kongress gegen den «Krieg gegen den Terror» gestimmt hatte. US-Senator Russ Feingold war der einzige Senator, der gegen den Patriot Act gestimmt hatte. Die Befugnis für den Irakkrieg wäre ohne die Unterstützung einer Mehrheit der demokratischen SenatorInnen nicht zustande gekommen: 29 haben für den Krieg gestimmt, darunter auch der jetzige US-Präsident.

Kein «Change» mit Obama

Als die Bush-Regierung an die Macht kam, strebte sie einen gewaltsamen Regimewechsel im Irak an. Dies wurde ihr jedoch bereits durch die vorhergehende Regierung unter Bill Clinton erleichtert, die den Regimewechsel zur offiziellen US-Politik machte und auf ein System tödlicher Fernangriffe und kleiner Kriege zusteuerte. Das Vorläufergesetz des Patriot Act wurde mit massgeblicher Unterstützung beider Parteien verabschiedet, wobei Biden führend bei dessen Entstehung beteiligt war. Die USA verfügten bereits über eine gut geölte Maschine zur wirtschaftlichen Kriegsführung und setzten lähmende Sanktionen ein, um Regierungen zu stürzen oder Bevölkerungen zur Unterwerfung zu zwingen.

Als Barack Obama 2008 die Präsidentschaft gewann, hatte die Partei die Gelegenheit, zu zeigen, wie

eine echte Alternative zur Politik von Bush und Cheney aussehen könnte. Diese Aussicht auf «Change» war ein wesentlicher Teil des Erfolgs der Obama-Kampagne sowohl gegen Hillary Clinton, eine Unterstützerin des Irakkriegs, als auch gegen John McCain, einen berüchtigten Kriegstreiber. Stattdessen erweiterte Obama einige der gefährlichsten Aspekte des Bush-Cheney-Kriegsapparats, während er die CIA und die gesamte Bush-Regierung vor jeglicher Rechenschaftspflicht schützte. Obama stockte die Truppen in Afghanistan auf und ermächtigte sowohl die CIA als auch Spezialeinheiten der US-Streitkräfte, sich global an «gezielten» Tötungsoperationen zu beteiligen. Er begrüßte den weit verbreiteten Einsatz verdeckter Operationen, verstärkte Drohnenangriffe, initiierte Luftkriege in Somalia und im Jemen, die bis heute andauern, und führte einen desaströsen Regimewechsel in Libyen durch.

In der selben Liga wie Bush

Donald Trumps Sieg über Hillary Clinton sandte Schockwellen durch das politische Establishment in Washington. In Bezug auf die Kriegspolitik war Trump vor seinem Amtsantritt schwer einzuschätzen. Als Kandidat und als Präsident sprach sich Trump manchmal libertär im Stil von Ron Paul gegen US-Kriege und Militarismus aus, und schon in der nächsten Rede führte er einen grotesken Monolog darüber, dass er Familien von Terrorverdächtigen ermorden oder ganze Länder von der Landkarte löschen will.

Trump war letztlich der grössere Kriegstreiber als beispielsweise Jimmy Carter, aber er spielte nicht in der selben Liga wie Bush und Cheney, wenn es um weltweite Massentötungen ging. Während Trump und Obama die Finger vor grossen Bodenoperationen liessen, waren sie dennoch willig, das US-Militär und CIA-Streitkräfte in verdeckten Kriegsgebieten einzusetzen und führten Operationen durch, bei denen unzählige ZivilistInnen getötet wurden.

Die Jemen-Politik unter Trump stand im Einklang mit der jahrzehntelangen Unterstützung der USA für die brutale Diktatur Saudi-Arabiens. Es ist häufig zu hören, dass es Trump und nicht Obama gewesen sei, der die von den USA betriebene Horrorshow im Jemen gestartet habe. Während er sicherlich die US-Unterstützung für die mörderische Kampagne Saudi-Arabiens verstärkte, war es die Obama-Regierung, die 2009 eine geheime

und anhaltende US-Bombardierungskampagne im Jemen startete und den Saudis 2015 offiziell grünes Licht für den Angriff auf den Jemen gab. Im September 2016, am Ende seiner Präsidentschaft, genehmigte Obama einen 115-Milliarden-Dollar-Waffenverkauf an die Saudis – der damals grösste der USA an Saudi-Arabien. Auf Druck von MenschenrechtsaktivistInnen und einigen Kongressabgeordneten schloss Obama den Verkauf bestimmter präzisionsgelenkter Munition aus. Trump machte Obamas Entscheid rückgängig und nahm die Waffen in seinen eigenen «gewaltigen» Waffendeal mit den Saudis auf.

Biden, der Kriegsbefürworter

Im Gegensatz zu Trump hat Joe Biden sein ganzes Leben in Washington verbracht und ist einer der wichtigsten Politiker bei der Gestaltung der modernen US-amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Biden war massgeblich am grössten ausserpolitischen Debakel der modernen US-Geschichte beteiligt: der Invasion im Irak. Er war ein starker Befürworter der Invasion Afghanistans, beanspruchte die Anerkennung für die Verabschiedung grosser Teile des Patriot Act und war im Kongress einer der leidenschaftlichsten Verteidiger der israelischen Aggressionen und Kriegsverbrechen.

Im September 2021 hielt Biden seine erste Rede als Präsident vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. «Ich stehe heute zum ersten Mal seit 20 Jahren hier, und die Vereinigten Staaten befinden sich nicht im Krieg», sagte Biden. «Wir haben das Blatt gewendet.» Es war eine erstaunliche, dreiste Aussage. Biden hat die USA zwar aus Afghanistan abgezogen, aber er hat deutlich gemacht, dass sie dort weiterhin Drohnenangriffe und andere Methoden zur Kriegsführung einsetzen werden. Als er auf dem Podium des UN-Hauptquartiers erschien, hatte Biden bereits Bombenangriffe in Syrien und im Irak sowie Drohnenangriffe in Somalia und Afghanistan genehmigt.

Biden gebührt Anerkennung dafür, dass er den Abzug aus Afghanistan vorangetrieben hat. Der von ihm umgesetzte Plan war jedoch in erster Linie von der Trump-Administration entwickelt worden. Und auch trotz des Abzugs hat die Regierung Biden bereits gezeigt, dass sie weiterhin Drohnen und verdeckte Kampfteams einsetzen würde, um «Ziele» in Ländern zu treffen, in denen die USA nicht über Bodenkapazitäten verfügen.

Bei seiner Vereidigung erklärte Biden, dass seine Regierung eine umfassende Überprüfung des Verfahrens für gezielte Tötungen vornehmen und die von Trump vorgenommenen Änderungen prüfen werde, um ihre eigene Politik festzulegen. In den ersten

sechs Monaten seiner Amtszeit hat Biden keine bekannten Drohnenangriffe genehmigt. Diese Phase der Regierung wurde Ende Juli durchbrochen, als das Militär einen Angriff in Somalia durchführte und behauptete, es handle sich um eine Verteidigungsmassnahme. Biden hat mittlerweile auch Drohnenangriffe in Syrien genehmigt.

Keine Zugeständnisse an Iran

Biden versprach zu Beginn seiner Amtszeit, dass er «jegliche amerikanische Unterstützung für offensive Operationen im Krieg im Jemen» beenden werde. In Wirklichkeit haben die USA die saudische Kampagne der verbrannten Erde weiter unterstützt, indem sie US-Marineoperationen zur Unterstützung der katastrophalen saudischen Blockade zulassen. Das Ziel Saudi-Arabiens ist es, den Jemen auszuhungern und zu unterjochen. Im August stellte UNICEF fest, dass sich die Situation «auf allen Ebenen verschlimmert, insbesondere für Kinder». Fünf Millionen JemenitInnen seien «keinen Schritt davon entfernt, der Hungersnot und den damit verbundenen Krankheiten zu erliegen, und zehn Millionen weitere stehen kurz davor».

Und obwohl das Thema fast völlig aus der Öffentlichkeit verschwunden ist, haben die USA noch immer rund 2 500 Truppen im Irak stationiert, die den Islamischen Staat (IS) eindämmen und die irakischen Streitkräfte «unterstützen» sollen. Biden hat erklärt, dass diese Truppen als Berater der irakischen Truppen eingestuft werden und als schnelle Eingreiftruppe dienen, um gegen die verbleibenden IS-KämpferInnen vorzugehen. Die meisten dieser SoldatInnen werden voraussichtlich auf

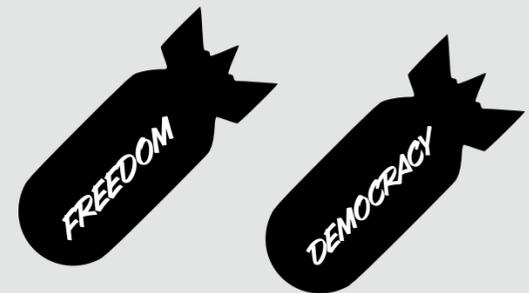
unbestimmte Zeit im Irak bleiben, ebenso wie die 900 US-SoldatInnen, die im Nordosten Syriens stationiert sind. Über diesen laufenden Truppeneinsätzen schwebt die ungelöste Frage, wie Biden mit dem Iran umgehen wird.

Während des gesamten Wahlkampfes für 2020 hat Biden seine Rolle als Vizepräsident bei der Sicherung des Atomabkommens mit dem Iran hervorgehoben und versprochen, Trumps Aufkündigung des Abkommens rückgängig zu machen. Doch fast ein Jahr nach Beginn der neuen Präsidentschaft hat sich kaum etwas bewegt. Biden hat die Wiederaufnahme der Gespräche nicht zu einer wichtigen Priorität gemacht und auch keine Bereitschaft zu Zugeständnissen gezeigt.

Bidens China-Politik

Im September verabschiedete eine grosse parteiübergreifende Mehrheit im Repräsentantenhaus ein massives Militärbudget in Höhe von 768 Milliarden Dollar, das rund 25 Milliarden Dollar mehr vorsah, als von der Regierung Biden beantragt. Ein Vertreter des Ausschusses für Streitkräfte erklärte, dass der Gesetzentwurf «sich darauf konzentriert, unser Militär darauf vorzubereiten, in einem Konflikt mit China zu bestehen».

Im Oktober wurde Biden gefragt, ob die USA mit China militärisch mithalten könnten und ob sie Taiwan verteidigen würden. «Ja und ja», antwortete Biden. «Militärisch gesehen wissen China, Russland und der Rest der Welt, dass wir das stärkste Militär in der Geschichte der Welt haben.» Auf die Frage, ob die USA Taiwan zu Hilfe kommen würden, wenn China es «angreifen» würde, sagte Biden: «Ja, wir haben die Verpflichtung, das zu tun.»



Anzahl der Bomben, die seit 2001 von den USA und ihren Verbündeten auf andere Länder abgeworfen wurden:

	Irak & Syrien(*)	Afghanistan	Jemen	Andere Länder**
2001	214	17 500		
2002	252	6 500	1	
2003	29 200			
2004	285	86		1 (Pk)
2005	404	176		3 (Pk)
2006	310	2 644		7 002 (Le,Pk)
2007	1 708	5 198		9 (Pk,S)
2008	1 075	5 215		40 (Pk,S)
2009	126	4 184	3	5 554 (Pk,Pl)
2010	8	5 126	2	128 (Pk)
2011	4	5 411	13	7 763 (Li,Pk,S)
2012		4 083	41	54 (Li,Pk,S)
2013		2 758	22	32 (Li,Pk,S)
2014	6 292*	2 365	20	5 058 (Li,Pl,Pk,S)
2015	28 696*	947	14 191	28 (Li,Pk,S)
2016	30 743*	1 337	14 549	529 (Li,Pk,S)
2017	39 577*	4 361	15 969	301 (Li,Pk,S)
2018	8 713*	7 362	9 746	84 (Li,Pk,S)
2019	4 729*	7 423	3 045	65 (Li,S)
2020	1 188*	1 631	7 622	54 (S)
2021	554*	801	4 428	1 512 (Pl,S)
Total	154 078*	85 108	69 652	28 217

**Andere Länder: Libanon (Le), Libyen (Li), Pakistan (Pk), Palästina (Pl), Somalia (S). Quelle: World Beyond War.

Aussenminister Anthony Blinken hat eine harte Position zu Taiwan eingenommen und fordert eine Rückkehr zu Taiwans unabhängiger Teilnahme an der UNO, was seit 1971 nicht mehr der Fall ist. Unter Bush, Obama und Trump haben die USA ihre Waffenverkäufe an Taiwan erhöht, und der Präsident der Insel bestätigte kürzlich in einem Interview mit CNN die Anwesenheit von US-SoldatInnen in Taiwan. Es war die erste offizielle Bestätigung des US-Militäreinsatzes durch einen taiwanesischen Präsidenten seit Jahrzehnten. Es ist seit einiger Zeit ein offenes Geheimnis, dass US-Spezialeinheiten in Taiwan operieren, und das Pentagon veröffentlichte 2020 ein inzwischen gelöschtes Video, das seine Spezialeinheiten bei einer gemeinsamen Übung mit taiwanesischen Truppen zeigt. Im August verkündete die Regierung Biden ihren ersten Waffenverkauf an Taiwan im Wert von 750 Millionen Dollar, nachdem Trump den Verkauf einer Reihe von Panzern, Drohnen und anderen hochentwickelten Angriffsflugzeugen im Wert von mehr als 20 Milliarden Dollar genehmigt hatte. Die Obama-Regierung genehmigte Verkäufe im Wert von etwa 14 Milliarden Dollar. Der chinesische Präsident Xi Jinping warnte kürzlich, dass «die asiatisch-pazifische Region nicht in die Konfrontation und Spaltung der Ära des Kalten Krieges zurückfallen kann und darf».

Biden: Held der NATO

Auf seiner ersten Europareise als US-Präsident, bei der er im Juni am G7-Gipfel und anschliessend an Treffen mit der NATO teilnahm, wurde Biden wie ein Held empfangen. Trump hatte die NATO und viele europäische Länder immer wieder lächerlich gemacht und wiederholt gegen diplomatische Normen verstossen. Er drohte damit, die USA aus dem Bündnis herauszuziehen und bezeichnete es als unnötige Verschwendung von Ressourcen.

Auf den NATO-Tagungen betonten Biden und andere Staats- und Regierungschefs im Gegensatz dazu, dass sie die Rolle des Bündnisses beim

Schutz westlicher Interessen ausweiten und sich dabei auf den wachsenden Einfluss nicht nur Russlands, sondern auch Chinas konzentrieren wollen. «Die NATO ist für die Interessen der USA an und für sich von entscheidender Bedeutung» sagte Biden. «Sie ermöglicht es Amerika, seine Geschäfte auf der ganzen Welt in einer Weise zu führen, die es ohne die NATO nie gegeben hätte.»

Biden ist seit langem ein entschiedener Befürworter der NATO-Erweiterung und war in den 1990er Jahren massgeblich an mehreren NATO-Militäraktionen beteiligt, darunter auch an der Bombardierung von Serbien und Montenegro. Im Jahr 2002 unterstrich Biden öffentlich die zentrale Bedeutung der NATO-Erweiterung für die Interessen der Vereinigten Staaten und zeigte sich optimistisch, dass die USA mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammenarbeiten könnten.

Bidens positive Einschätzung Putins verblasste jedoch bald, als die beiden Länder in der Frage der NATO-Erweiterung in scharfen Gegensatz zueinander gerieten. Das aggressive Vordringen der NATO nach Osten ist seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Untergang der Sowjetunion ein ständiger Anlass zur Sorge und Verärgerung in Russland, und insbesondere Putin hat die Bekämpfung dieser Expansion zu einer Priorität gemacht.

Kalter Krieg wird beschleunigt

Während der Präsidentschaft Obamas verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland insbesondere, als 2014 eine pro-westliche Regierung in der Ukraine nach anhaltenden regierungsfeindlichen Protesten, die von den USA und den Ländern der Europäischen Union unterstützt wurden, die Macht übernahm. Ein Bürgerkrieg brach aus. Auf der einen Seite standen die AnhängerInnen der neuen Regierung, darunter nicht nur Militär und Polizei, sondern auch neonazistische Paramilitärs, auf der anderen Seite die von Moskau unterstützten

prussischen Milizen. Zu dieser Zeit war Biden der Ansprechpartner der Obama-Regierung für die Ukraine und ein aggressiver Befürworter einer Annäherung der Ukraine an die NATO-Mitgliedschaft.

Seitdem hat Moskau regelmässige Streitkräfte in grosser Zahl in die Grenzgebiete zur Ukraine verlegt, was die USA zu Säbelrasseln veranlasst hat. Diese Dynamik hat die Ukraine zu einer immer wichtigeren Frontlinie im Kampf der NATO gegen den Vormarsch nach Osten und Putins Kampagne zu dessen Umkehr gemacht. Die USA haben ihre offene und verdeckte Unterstützung für die antirussischen Kräfte in der Ukraine stetig ausgebaut. Seit 2015 haben die USA Truppen in der Westukraine stationiert, bei denen es sich offiziell um eine Ausbildungsmission handelt, und unter Biden haben die USA und die NATO ihre Marineaktivitäten in der Schwarzmeerregion verstärkt.

Unter Biden wird es keine grössere Abweichung von imperialistischen Kurs geben. Während die Drohnenkriege weitergehen und die Rückkehr zum Kalten Krieg in Europa und Asien beschleunigt wird, wird Biden die feindliche Haltung gegenüber linken Bewegungen und Regierungen in ganz Lateinamerika und der Karibik beibehalten. In der Frage des Klimawandels wird Biden einige von Trumps extremsten Positionen rückgängig machen, während er weiterhin die Profite von Grossunternehmen und der Rüstungsindustrie über die Gesundheit des Planeten stellt. Die Militarisierung der Grenzen und die Misshandlung von Flüchtlingen werden weitergehen, und der riesige Überwachungsapparat im Inland wird fortbestehen. Das Bekenntnis der USA zum Militarismus und zum permanenten globalen Krieg ist beständig und überparteilich – egal unter welchem Präsidenten.

Jeremy Scahill ist ein investigativer Reporter, Kriegskorrespondent und Herausgeber von «The Intercept». Quelle: «The Intercept», aus dem Englischen übersetzt und gekürzt.

20 Jahre Gefangenenlager in Guantánamo

Ein Schandfleck

Am 10. Januar, anlässlich des 20. Jahrestages der Ankunft der ersten Gefangenen in Guantanamo Bay auf Kuba, verurteilten SonderberichterstatterInnen des UNO-Menschenrechtsrats das von den USA geführte Gefangenenlager als Ort «unablässiger Menschenrechtsverletzungen». Wir zitieren aus ihrer Pressemitteilung.

«Zwanzig Jahre willkürliche Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, begleitet von Folter oder Misshandlung, sind für jede Regierung einfach inakzeptabel, insbesondere für eine Regierung, die den Anspruch erhebt, die Menschenrechte zu schützen», so die vom UNO-Menschenrechtsrat gewählten, unabhängigen ExpertInnen. «Als ein neu gewähltes Mitglied des Menschenrechtsrates fordern die ExpertInnen die Vereinigten Staaten erneut auf, diese Einrichtung zu schliessen und dieses hässliche Kapitel unablässiger Menschenrechtsverletzungen zu beenden.»



Einer der Unterzeichnenden: Nils Melzer, Sonderberichterstatter für Folter. Foto: UN

Im Jahr 2003 waren in der Einrichtung 700 Gefangene inhaftiert. Zwanzig Jahre später sind es noch 39 Gefangene, aber nur neun von ihnen wurden angeklagt oder verurteilt. 13 wurden zur Verlegung freigegeben. Zwischen 2002 und 2021 starben neun Gefangene in der Haft, zwei eines natürlichen Todes und sieben begingen Berichten zufolge Selbstmord. Keiner von ihnen war wegen eines Verbrechens angeklagt oder verurteilt worden.

«Trotz der nachdrücklichen, wiederholten und unmissverständlichen

Verurteilung des Betriebs dieses schrecklichen Internierungs- und Gefängnis-Komplexes und der damit verbundenen Gerichtsverfahren halten die Vereinigten Staaten weiterhin Personen fest, von denen viele nie eines Verbrechens angeklagt wurden. Guantanamo Bay ist ein Ort von unvergleichlich trauriger Berühmtheit, gekennzeichnet durch die systematische Anwendung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gegen Hunderte von Männern, die dorthin gebracht und ihrer grundlegendsten Rechte beraubt wurden.»

Über die inakzeptable Straffreiheit, die den Verantwortlichen gewährt wird, sagten die ExpertInnen: «Wenn ein Staat es versäumt, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung genehmigt und praktiziert haben, sendet er ein Signal der Gleichgültigkeit und Billigung an die Welt.

Der fortbestehende Mangel an Fairness der Verfahren, der Mangel an Transparenz und Waffengleichheit für die Angeklagten ist ein Schandfleck für das erklärte Bekenntnis der Vereinigten Staaten zu Rechtsstaatlichkeit und verfassungsmässigem Schutz. Wir heben besonders das Versagen des Justizsystems der Vereinigten Staaten hervor, eine angemessene Rolle für den Schutz der Menschenrechte und zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit wahrzunehmen, welches zulässt, dass ein juristisches schwarzes Loch in Guantanamo mit seiner offenbaren Zustimmung und Unterstützung gedeihen kann.»

Übersetzt und gekürzt: UW



Assange-Prozess

Stillstand als Strafe

Keine Neuigkeiten im Verfahren gegen Julian Assange. Dies ist eine schlechte Nachricht. Leider gibt es deren noch mehr (siehe Kasten)! Während sich der Folteralltag im Sicherheitstrakt in Belmarsh für Julian Assange fortsetzt, lassen sich die Gerichte in England Zeit. Dies erweckt fälschlicherweise das Bild einer funktionierenden Justiz.

Von Alva Noi

Darf Julian Assange ausgeliefert werden? Nein! Es folgt der Rekurs, er darf! Einsprache... Dies die Kurzformel des Gerichtsverfahrens in England der letzten Jahre. Aktuell liegt ein Rekurs der Anwälte gegen den Beschluss des High Court, er dürfe ausgeliefert werden, beim Supreme Court. Status des Rekurses: noch hängig.

Dies sieht alles nach gut funktionierender Justiz aus. Ein langes Verfahren hat im Falle Assange aber eine ganz andere Bedeutung. Assange sitzt in Einzelhaft in Belmarsh. Die Bedingungen dort: Isolation, kleine Zelle, hie und da ein Hofgang – keine Hoffnung. Da verkommt das Kompetenzgeschacher der Gerichte zur vorgezogenen Strafe.

Psychische Folter

Nils Melzer äusserte sich mehrheitlich über die Haftbedingungen und deren Folgen, zum Beispiel im *Beobachter* von Mitte Februar 2020. Assange zeige typische Symptome anhaltender psychischer Folter. Es gehe um Angst- und Stresszustände. Doch was heisst das?

Stress und Angst kennen wir alle. In Isolationshaft ist dies aber etwas Anderes. Julia Schellong weiss das auch. Sie arbeitet als leitende Oberärztin für Psychiatrie am Uniklinikum Dresden und als Psychotherapeutin mit Menschen in Isolationshaft. In einem Artikel in *Zeit online* schreibt sie über ihre Erfahrungen. Abgeschottet von äusseren Reizen könne sich die Wahrnehmung von Häftlingen verändern. Für Menschen sei ein Abgleich des

Wahrgenommenen überlebenswichtig. Dies geschehe entweder explizit: Was liegt denn da auf der Strasse? Oder: Hast du das auch gehört? Oder implizit durch Beobachtungen des Verhaltens Anderer im Sinne von: Ja, er reagiert auch! Nein, er reagiert nicht! Hm, wie reagiert er denn? Diese Orientierungen brauchen wir, sagt Schellong. «Das ist nötig, um Realität von Fantasie zu unterscheiden. Wenn Menschen das nicht können, droht die Grenze zwischen dem Realen und dem Eingebildeten zu verschwimmen.»

Und genau dies geschah bei Ulrike Meinhof. Eindrücklich beschreibt die RAF-Terroristin im oben erwähnten «Zeit»-Artikel diese Aufhebung der Grenzen zwischen Fantasie und Realität. Nach ihrer Verhaftung verbrachte sie mehrere Jahre bis zu ihrem Suizid in strenger Isolationshaft. In einem Brief aus ihrer Zelle in Stammheim schreibt sie: «Das Gefühl, die Zelle fährt (...); nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl desfahrens nicht absetzen. (...) Das Gefühl, Zeit und Raum sind ineinander verschachtelt.»

Isolation und ihre Folgen

Folgen langjähriger Isolation sind drastisch. Das wissen Diktatoren und Folterknechte. Das wissen auch die die US-Amerikaner und die Briten. Und die setzen es im Falle Assange bewusst ein. In ihrer Arbeit aus dem Jahre 2003 (Psychische Gesundheitsprobleme bei langfristiger Einzel- und Supermax-Haft) beschreibt Craig Haney das Leiden von Häftlingen in Isolationshaft in den USA: Schlafstörungen, Appetitverlust, Panik oder Lethargie. Diese Störungen sind auch für

alle Gesunden noch vorstellbar. Anders dann bei unberechenbaren Wutanfällen, Wahnvorstellungen, Selbstverstümmelungen und Suiziden oder Versuchen dazu. Da überschreiten Häftlinge dann endgültig die Grenze zur Pathologie und werden unheilbar.

Wie extrem die Isolation auf die Psyche wirkt, das untersuchte auch Stuart Grassian im Jahre 2006 an der New York University. Auch er besuchte für seine Arbeit Häftlinge in Supermax-Gefängnissen. Dort leben Häftlinge in einer sieben Quadratmeter grossen Zelle, schallisoliert und mit Video überwacht. Die Möbel sind aus Beton gegossen. Der einzige Kontakt mit einem anderen Menschen: der Wärter oder die Wärterin. Die Auswirkungen der Haft mit diesen Bedingungen sind dramatisch: Lethargie und Wahnvorstellungen. Dies aber nicht nur während der Haft, sondern als Zustand über die Haft hinaus. Nach der Freilassung droht das Irrenhaus.

Strafe ohne Urteil

Assange erwartet bei einer Auslieferung an die USA eine Strafe von 175 Jahren – just in so einem Supermax-Gefängnis. Dies möchte er mit allen Mitteln verhindern, weil es sein psychischer Tod bedeuten würde. Das weiss er, das weiss seine Frau, das wissen auch seine Freunde und Anhänger. Belmarsh liegt nicht in den USA. Die Haftbedingungen sind aber zu vergleichen. Und so lange Assange in diesen Bedingungen in Belmarsh sitzt, hat er bereits begonnen, seine Haftstrafe abzusetzen. Quasi vorgezogen, ohne Auslieferung und Strafverfahren, und auch ohne Urteil. Dies mit einem Ziel, am Schluss im Irrenhaus

zu landen. Vor diesem Hintergrund ist jeder Tag länger in Belmarsh ein Tag näher beim Irrsinn. Die Botschaft der US-Amerikaner an Whistleblower und alle kritischen JournalistInnen, die dürfte auch ohne Auslieferung bereits jetzt angekommen sein.

Nils Melzer tritt zurück

uw. Als UNO-Sonderberichterstatter für Folter wurde Nils Melzer auf Assange aufmerksam. Er untersuchte den Fall, die Rolle der schwedischen Behörden, der britischen und auch der US-amerikanischen. Da eine Zusammenarbeit mit diesen Regierungen nicht möglich war, begann Melzer zu publizieren und öffentlich Stellung zu beziehen. Er besuchte Assange im Jahre 2019 mit Ärzten. Die Diagnose sei eindeutig gewesen. «Julian Assange zeigte die typischen Symptome psychologischer Folter. Wenn er nicht bald in Schutz genommen werde, sei mit einer rapiden Verschlechterung seines Gesundheitszustandes zu rechnen, bis hin zur Todesfolge.»

Nun tritt Melzer früher als geplant von seinem Amt als Sonderberichterstatter zurück. Er wechselt ins Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Assange verliert dadurch einen unerschrockenen Fürsprecher in internationaler Mission.

ISSN 1423-6826
 unserewelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel,
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu,
 Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 5000
 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen dazu den Talon auf dieser Seite. Herzlichen Dank!

Unsere Welt



Foto: zVg.

Nachruf auf Martin Jäggi, 1946 – 2021

Anwalt der Mühseligen und Beladenen

Wir nehmen Abschied von Martin Jäggi, Rechtsanwalt, Friedenskämpfer und Schwulenaktivist, ein Sozialist mit christlichen Überzeugungen, der die SFB prägte.

Von Jonas Jäggi

Mein Onkel Martin Jäggi, Sohn eines Pfarrers und einer Lehrerin, begann in Basel zunächst ein Medizinstudium – das er jedoch bald abbrach. Er wechselte in die Germanistik, wo er sich in einer Arbeit intensiv mit den Ideen des religiösen Frühsozialisten Wilhelm Weitling auseinandersetzte. Der beengenden Situation als Schwuler in der Schweiz entfloher er 1968 für ein Jahr nach London. Er wurde zunehmend politisch aktiv und war äusserst vielseitig interessiert. Während andere vor der gelben Gefahr warnten, studierte er noch Sinologie im Nebenfach.

Für die Emanzipation der Homosexuellen

Er habe plötzlich eine Horrorvision von sich gehabt, als ewiger Student

zu enden, «der mit Bierschaum vor dem Mund die Welt erklärt», wie er mir erzählte. Es musste schnellstmöglich ein brauchbarer Abschluss her. So entschloss er sich 1971 zum Jurastudium in Zürich. Dort gründete er mit Freunden die erste radikale Schwulenorganisation der Schweiz, die Homosexuelle Arbeitsgruppe Zürich (HAZ). Am Neumarkttheater zeigten sie den Film «Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt» und Martin Jäggi führte die Podiumsdiskussion mit Regisseur Rosa von Praunheim. «Mit zitternden Knien» hätten sie die ersten Schwulen-Flugblätter verteilt, wie sich ein Weggefährte erinnert. Die Zürcher Polizei führte damals noch ein Schwulenregister. Martin war überzeugt, dass die Emanzipation der Homosexuellen nur über die politische Emanzipation erfolgen

konnte. An der Uni organisierte er die Vortragsreihe «Homosexualität und Gesellschaft», während er in seiner Wohnung Kurse in Marxismus-Leninismus abhielt.

Aufstand der Ethik

Die Gefährdung des Weltfriedens durch Kriege und Aufrüstung beschäftigte Martin zeitlebens. Er schloss sich der Schweizerischen Friedensbewegung an, als Mitglied der PdA, als Sozialist mit christlichen Überzeugungen. Die atomare Bedrohung war für ihn die grösste Bedrohung unseres Planeten und der Menschheit. «Bedenken sollten wir, dass die Schöpfung ohne Menschen wohl auskommt, nicht aber diese ohne sie», sagte er an einer Pressekonferenz der SFB. Um die Schöpfung für den Menschen zu bewahren, brauche es «eine Revolution des Bewusstseins, eine gewaltige geistige Anstrengung der Umkehr, einen Aufstand der Ethik.»

Gegen den NATO-Doppelbeschluss über die Stationierung von atombestückten Mittelstreckenraketen in Europa lancierte die SFB 1981 den «Schweizer Appell für Frieden, gegen den Atomtod», für den es ge-

lang, über 150000 Unterschriften zu sammeln. Martin Jäggi, Leitungsmittglied der SFB, war massgebend für die Formulierung und einer der fünf Erstunterzeichnenden. Auch bei der Friedensinitiative der SFB von 1987, die der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik das Ziel allgemeiner Abrüstung und der Abschaffung des Krieges voranstellen wollte, war er federführend. Leider verfehlte sie die erforderliche Unterschriftenzahl.

Kämpfer gegen Behördenwillkür

Als Rechtsanwalt war Martin ein berühmt-berüchtigter Kämpfer gegen Behördenwillkür und Rechtsbeugung, besonders im Asyl- und Flüchtlingswesen. Die UNO-Charta, die Genfer Flüchtlingskonvention, die EMRK waren für ihn unabdingbare Pfeiler der Rechtsprechung zum Schutz der Schwachen. In seinen Erzählungen war spürbar, mit welcher Leidenschaft und sichtlicher Genugtuung er bisweilen die internationalen Übereinkommen den Richtern um die Ohren schlug, in Plädoyers, die wohl wie wahre Predigten anmuteten. Bis zuletzt, mit 75, arbeitete er noch als Anwalt.

Ein grosses Kinderfest

Als die SFB 1987 eine Vereinsstruktur zwecks Postkonto und Telefonanschluss brauchte, verfasste Martin die Statuten. Unter dem Punkt «Auflösung» schrieb er: «Der Verein hat seinen Zweck erfüllt, wenn die vollständige Abrüstung auf der ganzen Welt durchgeführt ist, wenn Hunger, Unwissenheit und Elend beseitigt sind, der Krieg für immer abgeschafft ist und wenn alle Menschen miteinander und mit der Natur in Frieden leben. Wenn das erfüllt ist, wird der Verein mit einem grossen Kinderfest feierlich aufgelöst.»

Im Juni letzten Jahres nahm Martin Jäggi an seiner letzten SFB-Jahrestagung teil. Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb er am 6. Dezember 2021. Mit ihm verlieren wir einen über viele Jahre prägenden Mitstreiter im Friedenskampf, der sich zwar seit den 90er Jahren aus den Aktivitäten der SFB weitgehend zurückgezogen hatte, ihr aber bis zuletzt verbunden blieb.

Artikel 7 steht auch heute noch in den Statuten des Vereins Schweizerische Friedensbewegung. Andere Auflösungsgründe sind nicht vorgesehen.

Bericht aus dem Besetzten Palästinensischen Gebiet

Begleiten, beobachten, dokumentieren

Die Aktivistin Henriette Hanke Güttinger berichtet in «Das ist Palästina ... ist das Palästina?» sorgfältig und eindrücklich über ihren Einsatz als Menschenrechtsbegleiterin in der Westbank. Sie gibt einen Einblick in den Alltag der Palästinenser, die unter den Bedingungen der Besatzung leben müssen.

Von Antoinette Mächtlinger

«Gate» ist wohl das häufigste Wort in diesem Bericht. Das heisst «Tor». Im Tagebuch von Henriette Hanke Güttinger bedeutet es: geschlossener Mauerdurchgang, Militärkontrolle, elektronisch gesicherter Metallzaun. Die Autorin berichtet von den drei Monaten, die sie im Frühling 2018 als Menschenrechtsbegleiterin für das ökumenische Begleitprogramm EAP-PI in der Westbank unterwegs war.

Besuch in Jenin

Im Dreierteam begleitet sie palästinensische Bauern, die zur Arbeit auf ihr Land hinter der «West Bank Barrier», den israelischen Sperranlagen, gehen wollen oder Palästinenser, die in Israel arbeiten. Die Begleitung hat die Funktion, dass die israelischen Soldaten – und häufig Soldatinnen – sich beobachtet fühlen. Güttinger hält Tag für Tag ihre Beobachtungen fest. Sorgfältig, manchmal zu ausführlich. Sie urteilt nicht, sie dokumentiert. Das ist das Besondere und Wertvolle an diesem Buch. Sie berichtet auch von ihren Besuchen in palästinensischen und israelischen Gemeinden und in Flüchtlingslagern, von ihren Gesprächen mit Bewohnern und Be-

hörden. Eine wertvolle Ergänzung bilden Fotos und geografische Karten und eine informative Sammlung von UNO- und Presseberichten.

Häufig besucht die Autorin Projekte anderer Hilfsorganisationen. So wird sie eingeladen ins Caritas Baby-Hospital in Bethlehem oder in die zum dritten Mal zerstörte und mit EU-Geldern wieder aufgebaute Schule von Beit Furik. Besonders eindrücklich ist ihr Besuch im Flüchtlingslager Jenin, das 2002

während der zweiten Intifada durch die israelische Armee weitgehend zerstört wurde, wobei 63 Menschen getötet wurden. Heute leben 16 000 bis 17 000 Kinder im Lager. Eine NGO, die von Luxemburg unterstützt wird, betreibt ein eindrückliches «Center for the Children».

Kinder im Gefängnis

Es gibt aber auch schlimme Tage. Am 14. Mai 2018, dem Tag, da die USA ihre Botschaft nach Jerusalem verlegen, ist das EAPPI-Team im Auto unterwegs, der Fahrer hört Radio: Im Gazastreifen sind 20 Palästinenser erschossen und 1000 verletzt worden. Etwas Entspannung für das Team bringt der freundliche Empfang bei einer Lehrerfamilie in Ya'bad. Aber schon erzählt die Frau von der Verhaftung von 35 Kindern durch die israelische Armee; auch ihr 15-jähriger Sohn ist darunter. Das Rote Kreuz hat der Familie den Besuch im Militärgefängnis ermöglicht. Ein Besucher der Lehrerfamilie, dessen Sohn verhaftet worden ist, betont, wie wichtig es ist, dass die jungen Menschen eine sinnvolle Beschäftigung haben, um nicht «unbedacht zu handeln und dann in die Mühle der israelischen Militärjustiz zu geraten».

Es sind keine Extremforderungen, die aus den Gesprächen hervorgehen: es ist schlicht die Forderung nach gleichen Rechten für alle, die dieses «geschundene Land» bewohnen. So bezeichnet Ilan Pappé im Vorwort Palästina. Und er fordert «mehr Besucher, mehr Berichte und mehr Solidarität zum Wohle der Juden und Araber, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben».



Henriette Hanke Güttinger: Das ist Palästina ... ist das Palästina? Bericht aus dem Besetzten Palästinensischen Gebiet. Eigenverlag, 2021. Für CHF 18.- erhältlich bei der Autorin henriettehankeguttinger@gmail.com oder im Buchhandel

Redaktionsschluss dieser Nummer: 2. März 2022

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch